:antifaschistische nachrichten Nr. 21

g 3336 21.10.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Hungert sie aus!“

Realität und Fiktion in Leipzig – Neonazis reden sich Niederlage schön

Leipzig. „Nazis in der Odermannstraße haben Pizza bestellt. Pizzawagen erfolgreich blockiert. Hungert sie aus!“ So die Nachricht am Samstagnachmittag per Twitter. Im linken Twitter. „Semmellieferung in die Odermannstraße. 600 belegte Brötchen eingetroffen. Stimmung ist super.“ Eine Meldung im Twitter am Abend. Im rechten.

Zuweilen konnte man am Samstag, dem 16.10., ein Jahr nach der aufgelösten „Recht auf Zukunft“-Demo der Neonazis in Leipzig den Eindruck haben, es handele sich an diesem Tag um eine rein virtuelle Auseinandersetzung. Die Erfolgsmeldungen der einen Seite wurden durch solche der anderen gekontert. Nur wer selbst vor Ort war, konnte sich letztlich ein Bild machen. Leicht war das an diesem denkwürdigen Tag wahrlich nicht. Im Gegensatz zu den üblichen Abläufen von Demonstrationen und Gegenaktionen konzentrierte sich das Geschehen nicht auf einen einzigen Ort, sondern war zersplittert auf eine Vielzahl von Einzelereignissen in der Stadt selbst und in Orten in einem Radius von bis zu 50 Kilometern um Leipzig.

Viel Polizei – Nazis am Hauptbahnhof und Gegendemonstranten am Hbf

Leipzig, 16. Oktober 2010

Realität oder Fiktion? Nicht nur der Pizzawagen zur Odermannstraße, dem als Abgeordnetenbüro der NPD firmierenden Neonazizentrum, ist tatsächlich blockiert. Bis zu 1.000 Antifaschisten und Antifaschistinnen hatten zuletzt diese Zentrale der Leipziger Neonazis hermetisch abgeriegelt. Drinnen befanden sich rund 100 von ihnen. Angeblich führten sie dort einen Liederabend durch.

Wir wissen weder, ob es tatsächlich 600 Brötchen waren, die bei ihnen ankamen, noch ob die Stimmung tatsächlich so super war, aber definitiv steht fest, dass die Gegner der Neonazis die Strategie des Aushungerns aus humanistischen Gründen einfach nicht konsequent durchgezogen hatten.

Bereits lange vorher waren sie – unbehelligt von der Polizei – in einer Spontandemonstration zurück in die Innenstadt gezogen.

Als nahezu fiktiv muss die Kundgebung der Neonazis auf der Ostseite des Hauptbahnhofs – dem traditionsreichen Platz des wiederholten Scheiterns von Christian Worch – bezeichnet werden. In ihrem Versuch, sich die eigene Niederlage schön zu reden, behaupten die Neonazis, das sei durchaus beabsichtigt gewesen. Man habe ohnehin nur eine Abschlusskundgebung für jene Kameraden geplant, die zuvor geplante „spontane“ Aktionen im Stadtgebiet und in anderen Orten durchgeführt hatten.

Dass die Neonazis nach ihren Niederlagen vor Gericht auf diese Taktik ausweichen würden, war sowohl von antifaschistischen Kreisen wie auch von der Polizei erwartet worden. Alle S-Bahnstationen waren entsprechend durch Polizei und oftmals zusätzlich durch antifaschistische Kundgebungen abgesichert worden. Auf der Strecke Halle – Leipzig hatten in der Nacht zuvor einige Kabelschächte der Bahn gebrannt, was die Anreise zusätzlich erschwerte. Sowohl die Marschversuche vor der Kundgebung um 13 Uhr wie in Geithain und Halle sowie in verschiedenen Leipziger Stadtteilen wurden nach kurzer Zeit aufgelöst oder blockiert wie auch jene im Anschluss. Die von den Nazis dafür genannten Zahlen sind in der Regel entschieden zu hoch angesetzt. So meldeten die Veranstalter um den NPD-Landesorganisationsleiter Maik Scheffler, der zugleich als Kopf der Kameradschaftsstruktur „Freies Netz Mitteldeutschland“ gilt, einen Marsch mit 100 Leuten in der nahe gelegenen Kreisstadt Borna. Tatsächlich waren es ganze 13 Nazis, die nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit „marschierten“.

Da die geplanten Aufmärsche in Leipzig als Generalprobe für die zentrale Nazi-Aktion zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Februar 2011 gedacht waren, müssen die beiden Erklärungen in Folge der Ereignisse, die in dem Tag cum grano salis einen Erfolg sehen, als das berühmte Pfeifen im Walde gewertet werden. Einen Weg, Blockadeaktionen zu umgehen oder gar zu überwinden, haben sie damit nicht gefunden. Zutreffend kommentierte Juliane Nagel vom Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“:

„Wenn die Nazis es als Erfolg verkaufen, dass zahlreiche ihrer Mitstreiter von der Polizei festgesetzt werden, ist ihnen nicht zu helfen. Das Konzept dezentraler Aktionen dürfte in ihrer Szene kaum zukunfts- und zustimmungsfähig sein.“

Ähnlich das Antifabündnis „Roter Oktober“, das von einem „grandiosen Scheitern“ der Neonazis spricht und besonders auf eine Sitzblockade im Hauptbahnhof von 500 Personen hinweist.

Geben wir ausnahmsweise das letzte Wort der Polizei. In ihrer Pressemeldung heißt es abschließend: „Durch das besonnene Verhalten der Einsatzkräfte und der Gegendemonstranten konnten Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vermieden werden. (…) Der Polizeipräsident bedankt sich bei der Bevölkerung Leipzigs.“ *Volkmar Wölk* ■

Aus dem Inhalt:

Wahlen in Wien: FPÖ stark wie zu Haiders Zeiten 4
Viele Wilders in der neuen niederländischen Regierung 5

Anfrage zur Priesterbruderschaft

BERLIN/STUTTGART. Mit einer „Kleinen Anfrage“ im Bundestag fragen Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach Erkenntnissen der Bundesregierung „über die extremistischen Auffassungen“ der Priesterbruderschaft St. Pius X.. Zitiert werden in der Anfrage einschlägige Äußerungen des Distriktoberen der Priesterbruderschaft, Franz Schmidberger, und dem Leiter des den Klerikern nahe stehenden „Civitas-Instituts“, Dr. Rafael Hüntelmann, die nach Auffassung der Anfragenden „im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ stehen. Gefragt wird u.a., ob die Priesterbrüder bereits bei einer Innenministerkonferenz thematisiert wurden, ob diese vom „Verfassungsschutz“ beobachtet werden und „wie viele Schulen, Krankenhäuser, Altenheime und sonstige soziale Einrichtungen“ die Priesterbruderschaft betreibt, deren Anhängerschaft auf weltweit etwa 600 000 Menschen geschätzt wird. Auf den Internetseiten katholischer Fundamentalisten führte die Anfrage im Bundestag zu heftigen Reaktionen. In Kommentaren werden die Anfragenden als „grün lackierte Kommunisten“, „Antichristen“ und als „Partei der Sodomisten und Kinderschänder“ beschimpft. Einer der „Bischöfe“ der Priesterbruderschaft, der Brite Richard Williamson, war im April in Abwesenheit wegen „Volksverhetzung“ zu einer Geldstrafe in Höhe von 10 000 Euro verurteilt worden. Die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Regensburg wurde nun für den 29. November angesetzt. Sein Anwalt rechnet mit dem persönlichen Erscheinen Williamsons. Die gesamte Anfrage siehe unter http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/031/1703138.pdf

hma ■

Brinkmann bleibt

BERLIN/KÖLN. Allen Gerüchten zum Trotz bleibt der als vermögend geltende Deutsch-Schwedische Geschäftsmann Patrik Brinkmann weiterhin Mitglied bei der selbsternannten „Bürgerbewegung pro NRW“. Er wolle sich „projektbezogen“ an den Aktivitäten der „Pro“-Bewegung beteiligen, so das ehemalige DVU-Mitglied. Als nächstes plane er den für 7. Mai 2011 in Köln geplanten „Marsch für die Freiheit” zu unterstützen. Deswegen beabsichtigt der „Deutschland-Koordinator“ des Vereins ‚Städte gegen Islamisierung‘ nun nach Belgien und Frankreich zu fahren, um dort „eine angemessene Zahl von Bussen zu organisieren, damit aus diesen Ländern möglichst viele Bürger am Freiheitsmarsch teilnehmen können“. *hma* ■

Berufsschulen im Visier

NRW. Die „Bürgerbewegung pro NRW“ hat angekündigt, „nach den Herbstferien“ ein neues Jugendflugblatt massiv an den Berufsschulen des Landes verteilen zu wollen. Das von dem „Pro-NRW“-Jugendbeauftragten Gereon Breuer, einem ehemaligen „Junge Union“-Funktionär, präsentierte Flugblatt macht dabei nicht unbedingt einen professionellen Eindruck. Berufsschülern scheint man bei „Pro“ das Lesen längerer Sätze nicht zuzutrauen. Mit Allgemeinplätzen und den üblichen Vorurteilen gegen Migrantinnen und Migranten versucht man einmal mehr, an neue Adressen von potentiellen Interessenten heranzukommen. *hma* ■

Kampagne für Doppelstaatsbürgerschaft

ITALIEN/SÜDTIROL. Die extrem rechte „Süd-Tiroler Freiheit“ um Eva Klotz hat eine Unterschriftenkampagne für eine österreichisch-italienische Doppelstaatsbürgerschaft für deutschsprachige Südtiroler gestartet. Der österreichische Nationalrat wird in dem Aufruf aufgefordert, diesen den Erwerb auch der österreichischen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Immerhin gewähre Österreich auch der „im brasilianischen Dreizehnlinden lebenden ehemals österreichischen Bevölkerung sowie deren Nachkommen die österreichische Staatsbürgerschaft“, heißt es in dem Aufruf. Unterstützung findet die Kampagne bei fast allen deutschsprachigen Parteien in Südtirol wie auch durch den „Der Eckart“, der Zeitschrift der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft“. *hma* ■

Reitz und Kameradschaften treiben sich in Köln rum

KÖLN. Am Freitag, den 8. Oktober trafen sich in Köln-Ehrenfeld, in der Kneipe „Iltis-Eck“, am Lenauplatz, mitten in einem Szene-Viertel, ca. 50 Neonazis aus ganz NRW, u.a. auch aus Aachen. Laut einer Mobilisierungseite für einen Neonaziaufmarsch in Hamm am 23.10. waren auf der Veranstaltung u.a. auch Axel Reitz, Paul Breuer und Stefan Flug anwesend. Die Nazis gröhlten u.a. „Sieg Heil“ und andere rechte Sprüche. Traurig aber wahr: Das Amt für öffentliche Ordnung und die Polizei waren wegen Ruhestörung vor Ort, ohne aber weiter tätig zu werden.

Einen Tag später, haben sich in der Nacht von Samstag auf Sonntag Neonazis aus Aachen – wie der Kölner Stadt-Anzeiger berichtet – daran gemacht, das Straßenschild „Judengasse“ in der Kölner Altstadt abzureißen. In Köln Gebliebene von der Versammlung am 8.10.? Laut Polizeibericht handelte sich um Jugendliche im Alter von 17 bis 23 Jahren. Als die Polizei die Personalien feststellen wollte, wurde sie von den Neonazis geschlagen und mit Reizgas angegriffen. Einer hatte ein Handy mit Hakenkreuzsymbolen dabei, mit dem er die Tat teilweise gefilmt hatte. Schlussendlich wurden sechs Jugendliche festgenommen, mussten aber mangels Haftgründen freigelassen werden bzw. wurden ihren Eltern übergeben.

Der Vorgang macht schon nachdenklich. Wie kann in Zukunft die Stadt oder die Polizei schneller unterrichtet werden und wie können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sensibilisiert werden, entschlossener gegen neona zistische Aktivitäten vorzugehen? *Jörg Detjen* ■

„pro NRW“ gegen Mönchengladbacher Islamschule

MÖNCHENGLADBACH. 178 Personen nahmen an der pro-NRW-Demonstration am 9.10. in Mönchengladbach-Eicken teil. Damit übertrifft die „Bürgerbewegung“ erstmals ihren eigenen Unterstützerrekord von 150 Teilnehmern beim Kölner Anti-Islam-Kongress 2009. So können die Rechtspopulisten ihre heutige Wahlwerbung in Bezug auf die Erringung der medialen und öffentlichen Aufmerksamkeit durchaus als Erfolg werten.

Um kurz vor halb 11 begannen sie sich auf einem Parkplatz zwischen Flaschen- und Altpapiercontainern zu sammeln: „pro NRW“, die Lobbyistenvertretung für Rechtsanwälte und alles, was in NPD und CDU keinen Platz hat. Zusammen mit Vertretern der „Republikaner“ wollten sie sich profilieren, eine neue und seriöse Rechte darstellen. Was dabei im Endeffekt herauskam, zeigte sich bereits zu Beginn des Demonstrationsumzuges: Neben den üblichen Anti-Moschee-Schildern sowie Wahlplakaten der „Republikaner“ waren auch mit einem NPD-Banner und Bierdosen bewaffnete Neonazis zu sehen. Es dauerte einige Zeit, bis sich die pro-NRW-Funktionäre dazu entschlossen, auf der Demonstration „keine Parteizeichen“ zu erlauben, wie Generalsekretär Markus Wiener es ausdrückte. In der Folge wurden die imageschädlichen Vertreter der NPD abgedrängt und durften nur noch aus der Ferne zuschauen. Der pro-NRW-Umzug speiste sich fast ausschließlich aus weit angereisten Wanderdemonstranten aus

Mönchengladbach 9.10.2010

Der REP-Vorsitzende Rolf Schlierer neben Markus Beisicht, Judith Wolter und Manfred Rouhs von der Pro-Bewegung Fotos: Karin Richert

dem rechtsextremen Milieu, die die salafistische Islamschule und den sich dagegen richtenden Protest von Eickener Bürgern bisher nur vom Hörensagen kannten. Nur wenige Eickener reihten sich in die Demonstration ein und bekannten sich offen zur fremdenfeindlichen Ideologie der pro-Bewegung. Entlang der Demonstrationsroute zeigten Anwohner immer wieder ihre Ablehnung der rechtspopulistischen Partei. Knapp 45 Minuten dauerte die Kundgebung auf dem Marktplatz, auf dem sich auch etwa 70 Gegendemonstranten versammelt hatten. So wurden die Reden aus dem plärrenden pro-NRW-Lautsprecher von gellenden Pfiffen und Buh-Rufen begleitet. Markus Beisicht bezeichnete die Gegner als „letzte Erben Erich Honeckers“ und kommentierte den Protest mit den Worten „Ihr seid die Letzten von gestern und wir werden die Ersten von morgen sein“.

Als „pro NRW“ und die „Republikaner“ in ihrem Pulheimer Reisebus aufbrachen, wurden sie noch durch die Gegendemonstration aufgehalten. „Wir sind heute viel mehr“, hatte sich Markus Wiener noch auf dem Eickener Markt sichtlich gefreut und musste sich dann doch sein Populistennäschen an der Fensterscheibe plattdrücken, als er die wirklichen Demokraten vorbeiziehen sah. Und noch einen Unterschied gab es zwischen pro-Bewegung und Gegendemonstranten: Die Demokraten mussten nicht extra aus ganz Nordrhein-Westfalen und dem angrenzenden Ausland herangekarrt werden. Es dürfte also voraussichtlich noch einige Zeit dauern, bis die „Letzten von gestern“ den „Ersten von morgen“ unterlegen sind… (gekürzt)

Ausführlicher Bericht: http://aow.blogsport.de ■

SZ druckt JF-Anzeigen – Leserbrief dazu aber nicht

Die Süddeutsche Zeitung hat großformatige Anzeigen der „Jungen Freiheit” veröffentlicht. Einen Leserbrief, der dies kritisiert, wollte das Blatt aber nicht drucken. Hier der Brief:

4. Oktober 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Süddeutsche Zeitung druckte in ihrer Wochenendausgabe vom 2./3. Oktober eine großformatige Werbeanzeige der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Die „Junge Freiheit“ ist das Flaggschiff der extrem rechten Publizistik in Deutschland, das sich seit geraumer Zeit in einer bürgerlich-konservativen Verpackung zu verkaufen versucht. Sie bietet all jenen eine Plattform, denen die NPD und Straßennazis zu primitiv sind und die ihren Nationalchauvinismus gerne mit einem gewissen kulturellen Niveau verbrämen. Sie ist in der Grauzone zwischen Neokonservatismus und Neofaschismus beheimatet und arbeitet seit zwei Jahrzehnten an der historischen Legende einer „sauberen deutschen Rechten“ jenseits der NSDAP. Dabei waren es gerade die geistigen Vorbilder der „Jungen Freiheit“, die Hitler in Weimar den Weg an die Macht geebnet haben: Die Schriften Oswald Spenglers, Arthur Moeller van den Brucks und Ernst Jüngers haben das geistige Feld bereitet, die Kreise um Franz von Papen und Carl Schmitt die politischen Weichen gestellt.

Die „Junge Freiheit“ bezieht sich seit jeher auf jene politischen Kräfte, die mit der NSDAP die Koalition eingingen, und führt deren völkischen Nationalismus fort. Autoren der „Jungen Freiheit“ und Aktivisten des mit ihr eng verbundenen „Instituts für Staatspolitik“ betreiben die intellektuelle und politische Rehabilitation des europäischen Faschismus. Als Beispiel für diese Strategie sei der in der Anzeige namentlich erwähnte Karlheinz Weißmann genannt. Die „Junge Freiheit“ steht zudem für einen aggressiven christlichen Fundamentalismus. Sie verbreitet geschichtsrevisionistische Thesen und stellt die Ergebnisse der historischen Forschungen zur Vernichtung des europäischen Judentums in Abrede. So ergriff sie nicht nur Partei für den Holocaustleuger der fundamentalistischen Pius-Bruderschaft, Bischof Richard Williamson, sondern verbreitet, die Ergebnisse der Erforschung des Holocausts seien „von wissenschaftsfremden Kräften vorgegeben“ (JF 8/2009). Man führe sich zudem vor Augen, dass ihre Anhänger im November 2009 ernsthaft gegen die Teilnahme der Bundeskanzlerin Angela Merkel an den Gedenkfeierlichkeiten zum Ende des Ersten Weltkrieges demonstrierten. Ihre außenpolitische Programmatik wäre, sollte sie jemals umgesetzt werden, eine Gefahr für den Frieden in Europa.

Es war zu erwarten, dass die „Junge Freiheit“ im Schatten der Demagogen vom Schlage Thilo Sarrazins und Erika Steinbachs die angeheizte Debatte über eine „Renaissance des Konservatismus“ für ihre Zwecke nutzen würde. Nicht zu erwarten war dagegen, dass sich ein seriöses Medium wie die Süddeutsche Zeitung für eine Anzeige dieses Organs zur Verfügung stellt. Wir fordern die Süddeutsche Zeitung dazu auf, diesem Normalisierungsprozess völkischer und extrem rechter Positionen nicht auch noch Vorschub zu leisten und bei der Auswahl ihrer Anzeigenkunden künftig etwas sensibler zu Werke zu gehen.

Unterzeichnet von: Knud Andresen, Studienleiter Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente; Friedrich Burschel, Referent zu Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit, Rosa Luxemburg Stiftung; Anna Conrads, rechtspolitische Sprecherin DIE LINKE im NRW-Landtag; Prof. Dr. Michel Cullin, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks; Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg; Michael Ebenau, Gewerkschaftssekretär, IG Metall Jena-Saalfeld und IG Metall Gera; Prof. Dr. Norbert Finzsch, Direktor der Anglo-Amerikanischen Abteilung des Historischen Instituts, Universität zu Köln; Richard Gebhardt, Politikwissenschaftler, RWTH Aachen; Prof. Dr. Wolfgang Fritz Haug, Berliner Institut für kritische Theorie e.V.; PD Dr. Kirsten Heinsohn; Dr. habil Klaus Holz, Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland, Berlin; Prof. Dr. Siegfried Jäger, Duisburg; Jan Jetter, Bildungsreferent, Hamburg; Stefan Kausch, Engagierte Wissenschaft e.V., Leipzig; Kerstin Köditz, MdL Sachsen; Sprecherin der Fraktion Die LINKE für antifaschistische Politik; Hildgarde Lisse, SPD-Aachen-Ost, ehem. Ratsfrau im Rat der Stadt Aachen; Birgit Mollemeier; Dr. Thomas Müller, Sozialwissenschaftler und Historiker, Aachen; Petra Pau, MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages; Frank Schubert, Forum für kritische Rechtsextremismusforschung , Leipzig; Dr. Stefan Vogt, Ben-Gurion University of the Negev, Beer-Sheva, Israel; Dr. Volker Weiß, Villigster Forschungsforum zu Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus e.V.; Volkmar Wölk; Uwe Wötzel, Gewerkschaftssekretär, ver.di; sowie: Antifaschistisches Bündnis Bergedorf, Hamburg; Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Hessen; Opferperspektive Brandenburg e.V., Beratung von Opfern rechts-motivierter Gewalt;Teilnehmerinnen und Teilnehmer der antifaschistischen Konferenz „Manometer“ vom 1. – 3. Oktober in Kassel

Quelle: http://npd-blog.info/ ■

Wahlen in Wien:

VP-Totalabsturz – Empfindliche SPÖ-Verluste – FPÖ stark wie zu Haiders Zeiten

Wien hat gewählt. Nach den Nationalratswahlen handelt es sich um die zweitwichtigsten Wahlen. Während zentrale inhaltliche Fragen – die sozialen und ökologischen Krisen des Kapitalismus – weitgehend ausgeblendet blieben, setzte die FPÖ voll auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Dieses Spiel mit dem Feuer ging auf.

Die SPÖ erhielt 44,2 Prozent (alle Zahlen ohne Wahlkarten, die jedoch keine wesentlichen Verschiebungen bringen werden), was einem Minus von 4,9 Prozent entspricht und hat die absolute Mehrheit an Mandaten (derzeit 49 statt bis jetzt 55) verloren. In den weltbekannten Gemeindebauten des „Roten Wien“ der Zwischenkriegszeit – Karl Marx-Hof, Rabenhof, Reumann-Hof – büßte sie zwischen 8 und 12 Prozent ein – nahezu direkt an die FPÖ. Aber nicht nur diejenigen, die schon jetzt Arbeitslosigkeit, Prekariat und Sozialabbau spüren, wanderten zu den politischen Rattenfängern. Auch in Genossenschaftsbauten jüngeren Datums gingen viele der Demagogie der Rechtsextremen auf den Leim, weil sie in der Zukunft ihren Lebensstandard bedroht sehen.

Die ÖVP, die beim Rassismus mitnaschte – „Reden wir über Bildung – am besten Deutsch“– erlebte mit minus 5,6 Prozent einen Totalabsturz. Die zentrale Partei der Bourgeoisie hat aktuell nur mehr 13,2 Prozent – das schlimmste Resultat seit 1945! Die Grünen auch in Wien ziemlich konturlos und zerstritten, verlieren 2,4 Prozent, stehen nun bei 12,2 Prozent und zeigen einmal mehr, dass sie unfähig und unwillens sind eine Protestpartei zu sein.

Die Blau-Braunen, die mit 27 Prozent nun an zweiter Stelle liegen, haben wieder die Stärke, die sie bereits 1996 unter Haider hatten: 27 Prozent. Die rechtsextreme Saat ist aufgegangen. In vier klassischen ArbeiterInnenbezirken liegt sie über 30 Prozent: Simmering, Favoriten, Donaustadt, Foridsdorf – in Simmering gar bei 37 Prozent! Die FPÖ hat fast ausschließlich mit Rassismus Politik gemacht („Mehr ‚Wiener Blut‘– Zuviel Fremdes tut niemand gut“). Selbst ihre Stilisierung als „soziale Heimatpartei“ kam kaum zum Tragen.

Die KPÖ hat auf Gemeinderatsebene 0,3 % verloren (von 1,5 auf 1,2) und wird sich ihren neuerlichen Alleingang – hoffentlich! – gründlich überlegen.

Offizielle Politik leistet der Fremdenfeindlichkeit Vorschub

Trotz der aktuellen Krisen plätscherte der Wahlkampf der Großparteien dahin und erschöpfte sich zu einem Gutteil in Plattitüden. Der sozialdemokratische Bürgermeister Michael Häupl plädierte für eine „lebenswerte Stadt für alle“, die ÖVP sehnte sich nach „mehr frischem Wind“ – sagte aber im gleichen Atemzug, dass sie nach der Wahl mit der SPÖ gemeinsame Sache machen wird. Der Rassismus der FPÖ war so der einzige „Aufreger“ in dieser Wahlauseinandersetzung.

Der Rassismus der FPÖ kann auch deshalb so grassieren und Fuß fassen, weil die offizielle Politik ihm hofiert. SPÖ und ÖVP beschlossen – auf Bundesebene – weitere Verschärfungen gegen Asylsuchende: sie werden in Asylzentren eine Woche eingesperrt (mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten bei „Zuwiderhandeln“). Um diesen infamen Verfassungsbruch zu kaschieren wird von „Mitwirkungspflicht“ der Asylsuchenden gefaselt.

Obwohl der Rassismus der FPÖ ein dümmliches Haider-deja-vu ist, hundert Jahre nach dem Demagogen Lueger die Parallelität von Antisemitismus und Islamophobie mit Händen greifbar ist und Wien stets ein „Schmelztiegel der Nationen“ war, konnte die FPÖ mit ihm reüssieren. Daran zeigt sich klar, dass der Hydra Rechtsextremismus und Rechtspopulismus mit Aufklärung, liberalem Kosmopolitismus und Erinnerungskultur allein nicht wirksam zu begegnen ist. Es bedarf einer anderen, konsequent linken Politik und einer entsprechenden – pluralen – Organisation, die die realen Arbeits- und Lebensverhältnisse verändert und so der Sündenbock-Ideologie den gesellschaftlichen Nährboden entzieht.

Gesamtösterreichische Trends und einige Schlussfolgerungen

Der Trend bei den Wahlen in der Steiermark wurde in Wien fortgesetzt: SPÖ und ÖVP, die politisch dahinfuhrwerkeln, verlieren. Der FPÖ gelingt es, die „Unzufriedenheit“ zu kanalisieren. Die Grünen sind in sozialen Fragen kein Orientierungspunkt. Die steirische KPÖ verlor bei den Landtagswahlen rund ein Drittel (minus 2 Prozent) und auch die Wiener KPÖ büßte Stimmen ein. Ein Gewinn von einem zusätzlichen Bezirksratsmandat (Wien-Margareten) kann kaum als „Erfolg“ ausgeben werden.

Die Sozialdemokratie wird aller Voraussicht nach weiter nach rechts gehen. Führende FunktionärInnen wie die Landesparteichefs von Niederösterreich und Oberösterreich haben sich nach der Wahlschlappe dafür ausgesprochen, in der „AusländerInnenfrage“ noch härter vorzugehen. Damit wird einem weiteren Wachstum der FPÖ geradezu der Teppich gelegt. Denn die Verblendeten und Aufgehetzten werden „gleich zum Schmied und nicht zum Schmiedl gehen“.

Die meisten Kenner der politischen Landschaft Österreichs sind sich einig, dass genügend Platz für ein plurales, real in der Gesellschaft verankertes politisches Projekt links von der Sozialdemokratie und den Grünen existiert. Warum es dennoch bislang nicht dazu gekommen ist, darüber wird (selbst)kritisch und solidarisch zu beraten sein. Am 13. November in der Volkshochschule im traditionellen ArbeiterInnenbezirk Ottakring: „Warum gibt es in Österreich keine politisch relevante Linke?“ *Hermann Dworczak* ■

Noch am 6.11. 2009 hieß es in der Westfälischen Rundschau hoffnungsvoll: „Es dürfte eines der größten Reservistentreffen des Landes werden, wenn am 28. September 2010 auf der Landesgartenschau in Hemer der ‘Bundeswehrtag’ veranstaltet wird.“

„Hier wird das Töten propagiert“, stellten Friedensgruppen und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) fest, die zum Protest aufgerufen hatten. Allein diese Ankündigung half. Nach dem „Tag der Bundeswehr“ meldete die Westfälische Rundschau kleinlaut, es sei nur eine „kleine Präsentation in der früheren Garnison“ geworden. „Recht spärlich“ habe sich die Bundeswehr präsentiert. Die Enttäuschung der Reservisten sei groß gewesen. Für friedliche Menschen war es nie hinnehmbar, dass die Bundeswehr eine Kaserne benutzt, die lange Jahre der Misshandlung und Tötung von Kriegsgefangenen diente. Und so war es auch nicht hinnehmbar, dass die Bundeswehr erneut in Hemer – auf dem nun zur Gartenschau umgewandelten Kriegsgefangenengelände und Bundeswehrareal – erschien. Denn zu dieser Geschichte gehört der Mord an zigtausenden Kriegsgefangenen auf dem Gelände im Zweiten Weltkrieg. *ausführlich auf www.vvn-bda.nrw.de, Foto: U. Sander*

Viele Wilders in der neuen niederländischen Regierung

Nach mehr als 100 Tagen Verhandlungen, sieben Verhandlungsführern, zwei versuchten Koalitionen, einer kurzen Pause wegen christdemokratischer Dissidenten und einem riesigen Parteitag wurde die neue rechts-liberale Regierung vorgestellt. Seit Februar haben die Niederlande keine funktionierende, sondern nur eine kommissarische Regierung, die nur über 24 Sitze im Parlament verfügte.

Es war eine beispiellose Phase in der politischen Geschichte der Niederlande, in der die Regierungsbildung das Thema des Tages war und die Öffentlichkeit fast jeden Schritt in der Auseinandersetzung – besonders innerhalb der CDA-Reihen – über die Zusammenarbeit mit Geert Wilders islamophober Freiheitlicher Partei (PVV) verfolgen konnte.

Die rechtsliberale Partei für Freiheit und Demokratie VVD und die Christlich-Demokratische CDA, zusammen haben sie 52 Sitze im 150-köpfigen Parlament, unterzeichneten Ende September einen Koalitionsvertrag. Um eine Mehrheit im Parlament (76 Sitze) für einen Teil dieser Vorschläge zu bekommen, unterzeichneten beide Parteien auch eine „Unterstützungs"-Vereinbarung mit der Freiheitlichen Partei. Wilders musste versprechen, zu diesen Vereinbarungen keine Anträge gegen die Regierung zu initiieren bzw. zu unterstützen. Bei anderen Themen kann die Freiheitliche Partei tun, was sie will.

Doch bevor dies Wirklichkeit wurde, stand die für niederländische Verhältnisse einzigartige Unterstützungs-Koalition unter großem Druck. Ende August stellte einer der Reservekandidaten der CDA, der ins Parlament gekommen wäre, wenn andere Parlamentarier der CDA Positionen in einer neuen Regierung übernommen hätten, seinen Sitz zur Verfügung und sagte, dass diese Koalition eine Sackgasse sowohl für seine Partei als auch für die Niederlande sei. Im gleichen Zeitraum schrieb der alte Staatssekretär und ehemalige Vorsitzende der VVD im Europäischen Parlament in einem offenen Brief, dass „die Ideen der PVV der Religionsfreiheit, der Freiheit der Rede und der Freiheit der Bildung" widersprechen „(...) Tut es nicht!"... Später verlässt er die VVD und wechselt zu den liberalen Demokraten D'66, ebenso wie ein ehemaliger Minister der VVD.

In der Zwischenzeit sprachen sich fast alle ehemaligen Ministerpräsidenten der CDA, auch der Abgeordnete und älteste lebende CDA Staatsmann Piet de Jong (85), gegen die Beteiligung der Freiheitlichen Partei aus. Maxime Verhagen, CDA-Verhandlungsführer und kommissarischer Außenminister sowie sein Team schlugen auf die „alten Elefanten" seiner Partei ein und befahlen ihnen, zu schweigen und die Ergebnisse der Verhandlungen abzuwarten.

Dann warf ein Mitglied seines Teams und einer der Partei-Ideologen Ab Klink, kommissarischer Minister für Gesundheit, eine Bombe in den Verhandlungsprozess durch die Veröffentlichung eines fünf Seiten langen Briefes an den CDA-Vorstand, in dem er seine Zweifel an diesem Prozess und seine Einwände gegen die PVV formulierte.

Klinks Einwände sind prinzipiell, aber auch heuchlerisch; er stimmt Maßnahmen zu, die ergriffen werden sollen, aber hat Angst, dass Wilders Freiheitliche Partei die Maßnahmen anders auslegen wird, als Hürden gegen die „Islamisierung der Niederlande". Zum Beispiel die Haltung gegenüber Migranten. Die CDA will die Möglichkeiten der Migranten zur Teilnahme an der Gesellschaft vergrößern, die PVV hofft, dass Migranten scheitern und abgeschoben werden können. Klink, Co-Verhandlungsführer, kann nicht damit leben. Zusammen mit zwei anderen Mitgliedern der Fraktion im Parlament weigert er sich, an den Verhandlungen weiter teilzunehmen. Geert Wilders verliert den Glauben an die CDA und steigt aus den Verhandlungen aus. Großer Druck innerhalb der CDA auf die Dissidenten führt zum Rückzug Klinks und plötzlich will Wilders weiter verhandeln, während Königin Beatrix noch dabei ist nach einer passenden Koalition zu suchen, und in kürzester Zeit sind die Verhandlungsführer der VVD, Mark Rutte und Verhagen, zurück am Verhandlungstisch. Es wurde mehr und mehr klar, wer die Fäden zieht in dieser Koalition.

Während Königin Beatrix' nächster Unterhändler wartete, um ihr Bericht zu erstatten, reiste Geert Wilders am 11. September nach New York, um an seiner internationalen Anti-Islam-Koalition zu arbeiten, der Einrichtung eines neuen Netzwerks, der International Freedom Alliance (IFA). Gemeinsam mit Verbündeten aus den USA, Kanada, Großbritannien, Deutschland und Frankreich, plant er mit dem Netzwerk Ende des Jahres zu starten.

Wilders hofft scheinbar, sein Bündnis in den politischen Raum zwischen traditionellen konservativen Parteien und der extremen Rechten zu positionieren. Er wurde von Pamela Geller von der Organisation „Stop Islamisierung of America" (SIOA) eingeladen, einer militanten Anti-Islam- und Anti-Obama-Bloggerin, die ein Buch veröffentlicht hat zusammen mit dem ebenso islamophoben Fanatiker Robert Spencer, der die Website Jihad Watch betreibt. In dem Buch „The Post-American Presidency, the Obama-Administration's War on America" wütet das Duo gegen „Barack Hussein Obama" und behauptet, dass er ein „Islamist" sei mit „dem großen Wunsch, sich der islamischen Welt zu unterwerfen", dass er Amerika „eine weiche Scharia" aufzwingen wolle und der „anti-israelischste Präsident der USA aller Zeiten" sei.

Wilders schreibt in einer Empfehlung auf der Rückseite des Buches, dass es „eine erschreckende Analyse" präsentiert und „Obamas Philosophie der fast universellen ‚moralischen Gleichheit' entlarvt, eine Philosophie, die der Partner des kulturellen Relativismus ist, der Europa in den letzten Jahrzehnten vergiftete".

Wilders war der Hauptredner – nachdem amerikanische Politiker sich zurückgezogen hatten – auf einer Manifestation im Rahmen des Protests gegen den Bau eines islamischen Zentrums in der Nähe von Ground Zero, dem Schauplatz des islamistischen Terrorangriffs auf die Stadt im Jahr 2001. Wilders kam, sprach – umgeben von seinen niederländischen Leibwächtern – und trat sofort von der Szene ab, denn er wollte nicht gesehen werden zusammen mit den verrückten Randgruppen. Seine Rede wurde von den Kommentatoren in den Niederlanden mit Spannung erwartet, hätte sie doch die Chancen der Freiheitlichen Partei zur Teilnahme an der Koalition gefährden können. Wilders sprach von der „Scharia" Moschee, dem Triumphalismus der Muslime, wenn sie gebaut würde und er behauptete, dass zwei Drittel der niederländischen Muslime mit Terroranschlägen einverstanden seien. Tatsächlich waren bei einer Umfrage 426 Muslime gefragt worden, ob sie die Angreifer verstehen könnten und nicht, ob sie die Anschläge richtig finden. Aber für Wilders ist es ein Kampf gegen die „dunklen Kräfte", für ihn gibt es keine anderen Farben. Er behauptete auch, Al-Qaida wollte die Scharia in den Vereinigten Staaten mit den 9/11-Angriffen durchsetzen. Jede Menge Unsinn, aber niederländische Kommentatoren bezeichneten die Äußerungen als nicht so radikal wie zuvor, sie sahen eine „Befriedung" von Wilders aufgrund seines Wunsches nach Macht. →

Die Frage ist, ob seine Partner in den USA diesen moderaten Ton Wilders mögen. Sie wollen, dass er sagt, was sie nicht sagen können, aber wenn der PVV-Führer ähnliche Dinge sagt wie sie, verlieren sie möglicherweise das Interesse an ihm.

Mitte September entschied sich, dass der neue Berater von Wilders der belgische „Intellektuelle“ Paul Belien ist. Der extrem nationalistische und konservativ katholische Belien, verheiratet mit der Parlamentarierin Alexandra Colen von „Flemish Interest“ (VB), ist als homophob bekannt und gilt als Vlaams Belang nah. Wilders hielt sich stets auf Abstand von der Vlaams Belang-Führung um Philip Dewinter, aber in den letzten Jahren fand eine Annäherung statt und es wird angenommen, dass Belien, der auch Vorstandsmitglied der Internationalen Free Press Society (IFPS) ist, dies möglich machte. Belien, der für mehrere Zeitungen, darunter The Washington Times schreibt, schrieb 2006, dass Einwanderer „Räuber“ sind, und dass das belgische Volk sich „bewaffnen“ sollte. Und er ist Chefredakteur des Internet-Forums Islamist Watch des amerikanischen Co-Finanziers von Wilders, Daniel Pipes. Belien organisierte auch Treffen für den VB und ist gegen die Homosexuellen-Ehe, gegen Abtreibung und Euthanasie. Aber natürlich sind die pro-Homosexuellen Grundsätze der Freiheitlichen Partei nur als ein Instrument gegen den Islam gedacht und so kann Belien an die Arbeit gehen.

Während der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, ein Christdemokrat und damit ein Kollege der CDA, die Politik Geert Wilders als „einen völlig falschen Weg für die Welt im 21. Jahrhundert“ bezeichnete – „ob es ein Deutscher ist oder jemand anderes, wir müssen jeden Akt von Fremdenfeindlichkeit bekämpfen“ –, reiste Wilders am 2. Oktober nach Deutschland, eingeladen zu einer Konferenz des Berliner Ex-CDU-Mitglieds René Stadtkewitz.

Am gleichen Tag kamen mehr als 4000 Christdemokraten zu der größten Versammlung, die eine politische Partei seit der nationalsozialistischen Bewegung (NSB) während der NS-Besatzung organisierte, in Arnheim zusammen, um die Regierungsvereinbarung und die Unterstützungsvereinbarung, die von ihren Führern ausgehandelt wurde, zu diskutieren. In einer sehr emotionalen Atmosphäre, live verfolgt im Fernsehen von 1,4 Millionen Menschen während des Tages, stimmten 68 % für die Vereinbarungen, 32 % dagegen. Zum Vergleich: die CDA hat 68.000 Mitglieder und 1,2 Millionen Menschen stimmten für sie bei den Wahlen im Juni. Ein paar Tage später, wieder nach einer langen Sitzung, einigten sich die CDA-Mitglieder des Parlaments, einschließlich der Dissidenten, über die Vereinbarungen und die neue Regierung war eine Tatsache.

In der Zwischenzeit gelang es Wilders, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zu beleidigen. Er behauptete, dass „der Islam eine Bedrohung wie der Kommunismus und Nationalsozialismus“ sei und Deutschland könne „nicht wegschauen wie in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts“, er nannte Merkel einen „Feigling“, der nichts täte gegen „die muslimische Invasion, weil sie ihre Stimmen braucht.“

Und was sind die Pläne der neuen Regierung? Ihr Ziel war es, Einwanderer zu ermutigen, in die Niederlande zu kommen und wenn sie kommen, sich ruhig zu verhalten oder die Ausübung ihrer Rechte zu begrenzen. Sie wollen das Alter für Familienzusammenführung auf 24 (die höchste Zahl in Europa) erhöhen, die Einkommens-Schwelle auf 120 % erhöhen, Kinder über 15 können nicht mehr zusammengeführt werden, wer bei Prüfungen durchfällt, kann seine befristete Aufenthaltsgenehmigung verlieren und sie wollen eine Prüfung einführen, die zeigen soll, dass die „Verbindung“ mit den Niederlanden stärker ist als die mit dem Heimatland.

Das Asylrecht wird eingeschränkt, der illegale Aufenthalt stärker geahndet, Beweise für die Fluchtgründe aus der Heimat liegen beim Flüchtling und die Verfahren sollen verkürzt werden, was die Suche nach solchen Nachweisen erschwert. Die Ausweisung von Familien mit Kindern bekommt Priorität, denn die Kinder können schneller mehr Rechte erhalten als ihre Eltern. Dies ist in aller Kürze das, was diese Regierung der Welt sagen will: Willkommen in den Niederlanden. All diese Maßnahmen sind Teil der Unterstützungsvereinbarung mit der Freiheitlichen Partei. Das heißt, wenn die CDA-VVD Regierung mit einem solchen Vorschlag kommt, wird ihn die Freiheitliche Partei wahrscheinlich zu verschärfen suchen und dann unterstützen.

Ein Problem für die neue Regierung ist, dass die meisten dieser Maßnahmen, insgesamt 9, an die europäischen Maßnahmen angepasst werden müssen. Das ist nicht unmöglich, aber man braucht Konsens unter den 27 Mitgliedern der EU. Wahrscheinlich wird eine Menge Zeit und Energie (und Goodwill) auf die hoffnungslosen Bemühungen in der EU verschwendet werden.

Verglichen mit CDA und VVD hat die Freiheitliche Partei eine große Anzahl von 23 Punkten im Wahlprogramm, wo die Rechtsliberalen sich mit einem fast sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramm der Freiheitlichen Partei konfrontiert sehen. Nur die Einwanderungs- und Sicherheitsvorstellungen von CDA und VVD finden sich in der Regierungsvereinbarung, die nach Meinung von Experten erforderlichen Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt angesichts der Wirtschaftskrise sind bei weitem nicht erfüllt.

Dass es Wilders und seine Freiheitliche Partei sind, die dominieren, wurde deutlich, als die Vereinbarungen auf einer Pressekonferenz mit den drei Parteiführern öffentlich gemacht wurden. Wilders distanzierte sich sofort von dem Motto der Regierung „Freiheit und Verantwortung“ und versprach einen 50 % Rückgang der Einwanderung, Festlegungen, die in den Vereinbarungen nicht getroffen wurden. Wilders erklärte, er werde seinen Kampf gegen die „Islamisierung der Niederlande“ fortsetzen.

Dafür wird er einen Gesetzentwurf einbringen für ein Verbot der Niqaab, eine symbolisches Gesetz und letztlich eine alte Forderung. 2005 hatte die Regierung einen Vorschlag für ein Verbot gemacht, aber er scheiterte an den Einwänden des Staatsrates, dem höchsten Organ der Gerichtsbarkeit. Seitdem kümmerte sich niemand mehr darum. Ein Verbot von Kopftüchern bei der Polizei hört sich gut an, aber die interne Regelung bei der Polizei ist bereits so, dass die Polizei neutral aussehen muss, religiöse oder politische Symbole sind Offizieren, die öffentlich arbeiten, nicht erlaubt.

Der Rest der Pläne sind ein Sammelsurium von Maßnahmen, 15 Billionen Euro Einschnitte bei Krankenversicherung, Entwicklungshilfe, kulturellen Einrichtungen, Umweltpolitik, Feuerwehr und stattdessen sollen mehr Autobahnen gebaut werden, auf denen die Höchstgeschwindigkeit angehoben wird, aber womit keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Einnahmen sollen aus Maßnahmen erzielt werden, die sich erst in der Zukunft auszahlen werden, aber schon jetzt zum Ausgeben verplant sind.

Die seltsamste Maßnahme ist auch ein Vorschlag der PVV: 500 Tier-Polizisten. Nein, nicht im Kampf gegen die Bio-Branche oder die Pelzindustrie, sondern im Einsatz gegen Menschen, die Tiere quälen. Kleingeistiger Populismus in Hochformat!

Am 4. Oktober befand sich „Königsmacher“ Wilders, Fan von Recht und Ordnung, selbst im Gerichtshof von Amsterdam, beschuldigt der Volksverhetzung. Am ersten Tag stellte Wilders Anwalt Bram Moszkowicz den Antrag, den Vorsitzenden Richter Jan Moors wegen Befangenheit abzulehnen. Wilders erklärte, er werde keine Aussage zu seiner Verteidigung machen. Moors hielt Wilders vor, die Diskussion zu scheuen, wie er es schon mehrere Male zuvor tat. Der Prozess wurde einige Tage später fortgesetzt, die Einwände Wilders nicht erfüllt und wieder machte Moors eine ungeschickte Bemerkung. Als das Gericht Wilders Fitna videoclip zeigte, fragte eine der beschuldigten Parteien, ob sie den Saal verlassen könne. Moors sagte, er könne sich das vorstellen. Das Gericht wird wohl noch etliche Tage mehr brauchen, bevor am 4. November das Urteil verkündet wird.

Jeroen Bosch für Alarm!
und Antifa-Net in Amsterdam ■

Neue Partei von rechts...?

Ein Gespenst geht umher, es ist das Gespenst einer bundesweit erfolgreichen Partei rechts von der Union. Die Medien schrieben diese Partei in den vergangenen Wochen ja schon fast herbei. Da wird munter spekuliert, wer mitmachen könnte (Merz, Steinbach, …) und immer wieder wird verwundert auf die Nachbarländer geschaut, weil da landesweit extrem rechte Parteiformationen teilweise schon länger Realität sind (Front National, Geert Wilders PVV, Vlaams Belang in Flandern, Lega Nord in Norditalien).

Eine „Sarrazinpartei“, wie die Geisterpartei im Überschwang getauft wurde, könnte es auf knapp 20 % bringen, so ergaben Umfragen. Diese Zahl entspricht so ziemlich genau der Zahl von Menschen in Deutschland, die laut der Heitmeyer-Studie ein stark rechtes Weltbild aufweisen.

Nun wurde erst unlängst in Berlin eine Partei mit dem Namen „Die Freiheit – Partei für mehr Freiheit und Demokratie“ gegründet. Gründungsmitglieder sind René Stadtkewitz (ein abtrünniger Berliner CDU-Abgeordneter), Marc Doll (war im Vorstand eines Berliner CDU-Ortsverbands aktiv) und Stefan „Aaron“ Koenig (ein ehemaliger Funktionär der Piratenpartei). Das bestimmende Thema von „Die Freiheit“ ist, ähnlich wie bei Sarrazin, die Hetze gegen Muslime. Es ist gut möglich, dass diese Partei „Die Freiheit“ bei den nächsten Wahlen in Berlin die 5%-Hürde überschreitet, aber nicht sicher. Denn die rechtspopulistische Pro-Bewegung und sicher auch die NPD werden antreten und sich so gegenseitig die Stimmen wegnehmen.

Nun gab es bereits unzählige Versuche rechts von der Union eine Partei zu etablieren, doch keiner war bisher bundesweit erfolgreich. Frühere Versuche, dass waren u.a. die Republikaner (REPs), der „Bund freier Bürger“ (BfB), die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ bzw. Schillpartei, ProDM und viele andere mehr. Die Erfolglosigkeit für Rechtsaußenparteien gilt aber nur für das gesamte Bundesgebiet. Auf Landes- und Kommunalebene gelang es immer wieder Sitze zu erringen.

Beispiele wären die neonazistische NPD (Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und zahlreiche Kommunen), die altbacken-deutschnationale DVU (Sachsen Anhalt, Brandenburg), die rassistische Republikaner-Partei (u.a. Baden-Württemberg, Berlin etc., diverse Kommunen aber mit abnehmender Tendenz), die rechtspopulistische Pro-Bewegung (diverse Kommunen wie Köln, mit zunehmender Tendenz), die rechtspopulistische Wählerformation „Bürger in Wut“ (Bremen), das „Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland“ des CDU-Abtrünnigen Henry Nitzsche (Kreis Bautzen in Sachsen) oder die rechtskonservative DSU (diverse Kommunen in Sachsen, aber mit abnehmender Tendenz).

Diese Beispiele beweisen, dass es prinzipiell möglich ist, das rechte Wählerpotenzial zumindest auf der Ebene unterhalb des Bundestages zu wecken.

Diese räumlich begrenzten Wahlerfolge rechts von der CDU werden von Experten damit erklärt, dass (A) nur die als unwichtiger erscheinenden Landtagswahlen, Kommunal- und Europawahlen immer wieder als Ventile zur Erteilung von „Denkzetteln“ genutzt werden und dass (B) es bundesweite Projekte in Deutschland durch den Föderalismus und die vielfach regionalisierte (Medien-)Öffentlichkeit schwerer haben, bundesweit wahr genommen zu werden.

Zur Erfolglosigkeit (bundesweit) verdammt – Woran liegts?

In dem Sammelband „Populismus in Europa“ (Bonn, 2006) herausgegeben von Frank Decker werden vor allem rechtspopulistische Parteien in Europa analysiert und miteinander verglichen. Es wird auch analysiert, warum in Deutschland rechtspopulistische Projekte so erfolglos waren. Dazu analysiert der Autor des Deutschland-Kapitels die STATT-Partei, die Republikaner, den „Bund freier Bürger“, die Schill-Partei und das „Projekt 18“ von Jürgen W. Möllemann in NRW (dem bescheinigt der Autor aber, kein echter Rechtspopulist zu sein.). Gründe für das Scheitern des Rechtspopulismus in Deutschland sieht der Autor im Fehlen einer charismatischen Persönlichkeit, Ausnahme: Schönhuber und zeitweilig Schill, und die Sogwirkung neuer, selbst gemäßigt rechtspopulistischer Wahlformationen auf extrem rechte Personen. Doch bei genauer Betrachtung lassen sich noch weitere Gründe für diese Erfolglosigkeit finden.

1. Der Trottelmagnet

Der Parteiforscher Jürgen Falter meinte unlängst in einem Interview, eine „Sarrazin-Partei wäre [eine] Attraktion für Spinner aller Couleur.“

Ein neue Rechtspartei mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg erzeugt immer ein „Jetzt geht’s endlich los“-Gefühl bei den vielen im parteifreien Raum umherschwirrenden rechten Spinnern und Chaoten. Diese sind erstens nicht in der Lage sich unterzuordnen und haben zweitens angreifbare Biografien und obskure Hobbys. Es ist immer peinlich wenn ein altes Foto vom Spitzenkandidat auftaucht, wie er unter einer Hakenkreuzflagge sitzt oder wenn herauskommt, dass ein Kandidat an die Welteislehre glaubt oder mit Bärenfell bekleidet in den Wäldern ums Feuer tanzt. Wenn dann auch noch ein Kinderpornografie-Liebhaber in einer rechten Law &Order-Partei oder gar in einer Partei, die die „Todesstrafe für Kinderschänder“ fordert (NPD), auffliegt, wird es schnell peinlich.

Trotzdem sind kleine Parteien wegen ihres Personalmangels auf jede und jeden angewiesen, so kommen auch skurrile Personen schnell mal zu einem vorderen Kandidatenplatz. Selbst die Piratenpartei mit ihrem postideologischen Konzept (nicht links, nicht rechts, sondern für die Bürgerrechte) haben einige Rechte angezogen wie das Licht die Motten.

2. (sympathisierende) Begleitung durch die Mainstreammedien

Wenn die Mainstreammedien nicht berichten, dann nützt der charismatischste Kandidat nichts. Es muss eine gewisse Aufmerksamkeit der Medien geben. Eine direkte Unterstützung der Boulevard-Presse ist wünschenswert, aber nicht notwendig. Aufmerksamkeit an sich reicht auch schon. Zwar ist es generell gut, wenn die Journalisten kritisch über Aktivitäten von Rechtsaußen berichten und nicht wegschauen, aber es verstärkt die Wahrnehmung der WählerInnen, dass es eine Alternative gibt. Die Anklage, dass die und die rechte Partei für Rassismus steht, ist in den Augen der durchschnittlichen Umfrage-Rassisten natürlich keine Anklage, sondern eine Wahlempfehlung. Für andere ist die negative Berichterstattung der Beleg, dass die Wahl dieser Partei genau das richtige ist, um „denen da oben“ eins auszuwischen. Daran orientiert(e) sich auch die Anti-Establishment-Schelte von rechtspopulistischen Politikern wie Haider, die sich erfolgreich als Vertreter des kleinen Mannes darstellen konnten.

3. das Schrumpfen der traditionalistischen Milieus

In anderen Ländern sind die traditionalistischen Milieus wohl größer als in Deutschland. Hierzulande sind sie scheinbar schneller geschrumpft als anderswo. Wenn konservativ-klerikale AbtreibungsgegnerInnen „Märsche für das Leben“ organisieren kommen – nach ihren jeweiligen Eigenangaben – in Madrid 1.200.000 bis 1.500.000 (24.10.09), in Paris 20.000 (17.01.10), in Warschau 6.000 (30.05.10) aber in Berlin nur 1.500-1.800 (18.09.10)

Menschen zusammen, um auf die Straßen zu gehen.

Das heißt, in der Bundesrepublik sind die religiös-konservative Wählerschaft vermutlich dünner gesät als in anderen Ländern. Eine potenzielle Rechtspartei könnte hier mit einem traditionell rechtskonservativen Thema wie „Lebensschutz“ (Antiabtreibung) wohl nicht besonders viele WählerInnen gewinnen.

4. Der Schatten Hitlers

Rechtsaußenparteien müssen ihr Verhältnis zur Vergangenheit bestimmen. Wie jede nationalistische Gruppierung versuchen sie möglichst viel Positives und möglichst wenig Negatives in der Vergangenheit ihres Landes auszumachen. Doch in Deutschland gibt es eine bestimmte dunkle Epoche, die es in dieser radikalen Form mit ihren millionenfach tödlichen Opfern nirgendwo sonst gegeben hat.

Auch nicht-neonazistische Rechtsaußen-Parteien stolpern bei der Bestimmung ihres Verhältnisses zum „Dritten Reich“ häufig. Es wären keine Rechte, wenn sie in diesen zwölf Jahren nicht auch irgendetwas Positives zu finden vermeinen. Da ist dann vielleicht nicht die SS toll, aber die Wehrmacht war zumindest keine Verbrecherarmee. Eine kritische und aufmerksame (Medien-)Öffentlichkeit bemerkt diese Versuche aber schnell und skandalisiert sie zu Recht.

5. Ressourcen

Eine bundesweit erfolgreiche Rechtspartei müsste über allerhand Ressourcen verfolgen. Sie bräuchte Geld, fähige Funktionäre und eine Präsens an vielen Orten, die über ein Postfach hinaus geht. Gut wäre auch ein Partei-Organ oder ein nahestehendes Organ, dass für die Begleitmusik sorgt. Hier würde sich die strammrechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ aus Berlin anbieten, die sowieso schon mehrere Rechtspartei-Versuche wohlwollend publizistisch begleitet hat (REPs, BfB, teilweise Pro-Bewegung).

6. Es fehlt ein Führer! Gottseidank!

Es fehlte den Rechtsparteien in Deutschland fast immer eine Person mit Charisma, möglichst noch eine aus ihrem Leben vor der Politik prominente Persönlichkeit. Eine Ausnahme waren in Deutschland der ehemalige Fernsehmoderator Franz Schönhuber und zeitweise Ronald Schill in Hamburg. Doch es geht auch generell ohne kleinen Führer, wie z.B. die NPD mit ihren biederbürgerlichen-schnarchlangweiligen Kandidaten in Sachsen gezeigt hat.

7. Antifaschistische Gegenwehr

In Deutschland gab es in der Nachkriegs-Generationen unter vielen Menschen das Credo „Nie wieder!“, dass dazu führte rechte Parteineugründungen besonders kritisch wahrzunehmen und so einem Projekt aktiv entgegen zu arbeiten. Die Bundesrepublik ist sicher nicht insgesamt antifaschistischer als andere Staaten, aber durch die spezielle deutsche Vergangenheit ist die politische Rechte hier stärker diffamiert und isoliert. Die Rechten sehen hinter der starken Medienkritik an ihren Partei-Versuchen häufig so etwas wie eine linke Meinungshegemonie. Der Fall Sarrazin zeigt, dass das ein Hirngespinst ist. Auch die Behauptung mit einer Nazi-Keule würde auf Rechte eingeprügelt, die gar nicht „Nazi“ seien, ist nicht richtig. Ein Rechtskonservativer und ein 100%iger Neonationalsozialist können sich durchaus in vielen Punkten (Wehrmachts-Apologie, Rassismus, Antiamerikanismus, …) einig sein, in anderen wiederum nicht.

Auf diese Übergänge und Ähnlichkeiten in den politischen Zielen und Vorstellungen aufmerksam zu machen und sie zu kritisieren, ist überaus wichtig. Wenn ein Mensch wie Thilo Sarrazin mit SPD-Parteibuch sich rassistisch äußert und sich stellenweise anhört wie ein NPD-Funktionär, verdient das dieselbe Kritik und denselben Protest. Das Parteibuch einer etablierten Partei darf kein Schutzschild darstellen.

Es gibt aber neben einer Parteigründung noch drei weitere Optionen für (extreme) Rechte, Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Die APO-Option: Eine deutsche Teaparty

In den Vereinigten Staaten ist es den Rechten gelungen, innerhalb von einem Jahr eine riesige, aber sehr heterogene Graswurzelbewegung namens „Tea-Party“ zu installieren und eine rechte Kulturrevolution zu starten. Obwohl die Teaparty massiv Einfluss auf ihr nahestehende Flügel der Republikaner nimmt, ist sie eine Art „Außerparlamentarische Fraktion“. In Deutschland ist dergleichen nicht absehbar. Kein Wunder, bei den enormen Unterschieden zu den USA. Hier gibt es keine rechten Groß-Medien wie „Fox News“, keine starke evangelikale Rechte, kein einigendes Feindbild wie Obama und hier würden sich auch nicht ärmere Schichten mobilisieren lassen mit der Forderung, dass das Sozialsystem abgeschafft gehöre.

Den Ansatz zu einer Art rechten Graswurzelbewegung in der Bundesrepublik bildeten einmal die Lesezirkel der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die 1992 bis 1994 gegründet wurden. Doch die „Junge Freiheit“ beendete das Ganze, weil diese Lesekreise durch die Beteiligung von eindeutig extrem rechten Akteuren im Verfassungsschutzbericht Niederschlag fanden. Sie entzog ihnen die Unterstützung und distanzierte sich von ihnen. Darauf hin benannten sich die meisten Lesekreise in „Konservativer Gesprächskreis“ oder „Konservativer Arbeitskreis“ um, einige radikalisierten sich. Ein paar Jahre später waren die meisten rechten Lese- und Diskussionskreise wieder verschwunden.

Die SVP-Option: Verschiebung einer etablierten Partei

Die „Schweizer Volkspartei“ (SVP) war zwar immer eine rechte, konservative Partei, aber die rechte Ausrichtung hat sich sehr verstärkt. Die SVP gilt spätestens seit 1999 mit der Dominanz von Blochers „Zürcher Flügel“ als rechtspopulistisch.

Inzwischen bestehen auch Kontakte zu der extremen Rechten in Rest-Europa, beispielsweise zu den deutschen Republikanern oder der rechtspopulistischen Pro-Bewegung aus NRW.

Auch in der Bundesrepublik wäre es eine Möglichkeit für die nichtneonazistische extreme Rechte, eine bereits erfolgreiche Partei zu übernehmen und nach rechts zu verschieben bzw. zumindest den rechten Flügel zu stärken. Für diese Strategie würden sich vor allem die Union und die FDP anbieten und es wurde auch tatsächlich bereits ausprobiert. Sowohl in der Union als auch in der FDP gab es bereits Versuche die Partei nach rechts zu rücken oder mindestens einen Stahlhelm-Flügel (wieder) zu etablieren.

In der FDP gab es zuletzt 1995 starke Versuche die FDP nach rechts zu verschieben. Es gab dabei eine Orientierung an der FPÖ („Haiderisierung der FDP“). Zu diesem Ziel vereinigten sich die Alt-Mitglieder vom nationalliberalen Flügel mit rechten Neu-Mitgliedern, die in einer Art Unterwanderungsstrategie verfolgten, und versuchten die Landesverbände in Berlin und Hessen zu kippen. Trotz aller Anstrengungen misslang aber dieses Unternehmen, nur einzelne Ortsverbände in Berlin konnten übernommen werden. Die neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ schrieb am 4. November 1995 die übliche Begleitmusik: „Jetzt müssen die nationalliberalen Kräfte in den Reihen der FDP sichtbar werden und mutig rechtsliberale Pflöcke einschlagen.“

Die FDP nach rechts zu verschieben, statt auf eine Neugründung zu setzen, scheint immer noch bei manchen eine Option darzustellen. So schrieb ein Gregor van Dorn aus Essen 2009 in einem Leserbrief an die „Junge Freiheit“:

„Es hat keinen Sinn, wenn wir Konservativen uns in Splittergruppen wie Republikaner, Christliche Mitte, Deutsche Partei, Bayernpartei, Zentrum, Bund Freier Bürger, Pro, DSU und anderen gegenseitig blockieren. Entweder die genannten schließen sich zusammen und nehmen die Fünf-Prozent-Hürde, oder wir besorgen uns FDP-Parteibücher und sorgen dafür, daß die FDP sich, wie in den fünfziger Jahren, auch gesellschaftspolitisch wieder rechts von der Union aufstellt. Der Nationalliberalismus ist noch immer nicht völlig tot. Beinahe hätte es Alexander von Stahl in Berlin geschafft, seine Partei umzukrempeln.“

Ob eine nationalliberale Wende in der FDP langfristig bei den Wahlen Erfolg gehabt hätte, wäre aber nicht sicher gewesen.

→

Razzia bei Karl-Heinz Hoffmann:

Rüsten Neonazis auf?

Gegen den Gründer der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann, Karl-Heinz Hoffmann, wird wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz ermittelt. Entsprechende Informationen der Süddeutschen Zeitung bestätigte die Staatsanwaltschaft Gera. Das Anwesen des 72-Jährigen im Landkreis Forchheim wurde demnach am 6. Oktober 2010 von Fahndern durchsucht. Dabei wurden Computer, mehrere Handys sowie Speichermedien sichergestellt. Sprengstoffspuren fanden sich nicht in dem Anwesen östlich von Erlangen.

Man werde das Material nun auswerten, sagte Oberstaatsanwalt Ralf Mohrmann der SZ. Dann werde entschieden, ob gegen Hoffmann weiter ermittelt werde.

Hoffmann hatte 1973 die paramilitärische Wehrsportgruppe gegründet, die 1980 verboten wurde. Unter anderem wegen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz war Hoffmann 1984 zu einer Freiheitsstrafe von neun Jahren verurteilt worden. 1989 wurde er vorzeitig entlassen, nach Angaben von Verfassungsschützern galt er seither als unauffällig. Zusammen mit dem Anwesen von Hoffmann waren laut SZ 15 weitere Objekte von Rechtsextremisten durchsucht worden, vor allem in Thüringen und Sachsen. Mehrere Neonazis stehen im Verdacht, im September Sprengstoff beschafft und nach Jena transportiert zu haben. Ermittler hatten ein Gespräch von Neonazis abgehört, in dem der Begriff „C4“ gefallen sein soll. Da sich die Neonazis auch über eine Gebrauchsanweisung unterhalten haben sollen, vermuten die Fahnder dahinter die Abkürzung für den gleichnamigen Plastiksprengstoff. Die Männer im Alter zwischen 21 und 35 Jahren hatten kurz vor dem Gespräch einen Kameradschaftsabend im westlichen Sachsen besucht, auf dem sich auch Hoffmann aufgehalten hatte.

Kommando, Zeitung der WSG für den europäischen Freiwilligen, Ausgabe Nr. 5 vom September 1979. Verantwortlich: Karl Heinz Hoffmann. Verleger: Hans-Peter Fraas. (Quelle:apabiz)

Im Dezember 1980 hatte ein ehemaliges Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann den jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke in einer Wohnung in Erlangen erschossen. Der Verleger hatte sich gegen rechtsextremistische Umtriebe engagiert. Zwar wurde Hoffmann wegen einer möglichen Beteiligung an dem Mord angeklagt. Die Indizien hatten aber für eine Verurteilung nicht ausgereicht.

http://npd-blog.info/2010/10/07/razzia-bei-karl-heinzhoffmann-ruesten-neonazis-auf/ Weitere Informationen zur WSG beim apabiz http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/WSG%20Hoffmann.htm ■

Dass Problem wäre die wirtschaftspolitische Ausrichtung der FDP gewesen, die viele nationalistische Wähler wohl abgeschreckt hätte. Die FDP will als neoliberale Partei den Sozialstaat mehr oder weniger beseitigen, die nationalistische Wählerschaft – besonders die aus der Unterschicht – will aber nur die Minderheiten nicht mehr davon profitieren lassen.

Die Union lahmt derzeit auf dem rechten Flügel. In der CSU sind die rechtskonservativen Stimmen noch lauter als in der CDU, aber bei beiden sind sie im Vergleich zu früher dünn geworden. Wer hätte in der Adenauer-CDU sich je vorstellen können, dass es einmal ein „Deutsch-Türkisches Forum in der CDU“ (mit teilweise sehr rechten und muslimisch-orthodoxen Deutschtürken) geben würde oder dass eine ehemalige FDJ-Funktionärin Bundeskanzlerin für die Union wird?

Der 2009 gegründete rechtsklerikale „Arbeitskreis engagierter Katholiken“ (Heiner Geißler: „Piusbrüder der CDU“) und die 2010 initiierte Aktion „Initiative Linkstrend stoppen“ sollen den rechten Unionsflügel stärken und den Gang in die Mitte aufhalten. Beides ist aber kein echter Gegenwind, sondern eher ein laues Lüftchen. Der Arbeitskreis hat ein paar hundert Mitglieder und die Initiative haben zwar immerhin einige tausend CDU-Mitglieder unterschrieben, aber unter den Unterzeichnenden findet sich niemand aus der höheren Etage der CDU. In Ermangelung ernsthafter politischer Alternativen werden die CDU-Nationalkonservativen zähneknirrschend bei ihrer Mutterpartei bleiben oder sich ins Private zurückziehen.

Die Zwei-Lager-Theorie: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“

Das extrem rechte Infoportal „Gesamtrechts“, was versucht die politikfähigeren Teile der extremen Rechten zu sammeln, spekuliert auf eine zweiteilige Parteirechte. Eine „gemäßigte“ extreme Rechte soll sich unter dem vereinigten Dach der REPs und der Pro-Bewegung („REPRO“) sammeln und eine „radikale“ extreme Rechte unter dem vereinigten Dach von NPD und DVU („NPDVU“), möglichst unter dem Ausschluss des hitleristischen Flügels.

Dieser „Gesamtrechts“-Wunschtraum überschätzt aber bei weitem die Fähigkeiten aller Beteiligten. Die REPs und die DVU haben kaum noch echte Parteisoldaten, sondern sehr viel mehr Parteileichen. Die NPD kommt nicht über Ostdeutschland und die Pro-Bewegung nicht über NRW hinaus.

Die Sammlung schwacher Kräfte macht sowieso nicht automatisch stärker. Das Problem einer prinzipiellen Konkurrenz bei Wahlen mit der 5%-Hürde bleibt außerdem bestehen. Im Gegensatz zu NPD und DVU werden die Pro-Bewegung und die REPs sich mit ihrem vorgeblichen Anti-Extremismus nicht auf Absprachen mit der NPD einlassen. So werden sie sich wieder gemeinsam erfolgreich von Einzügen in Gremien abhalten.

Fazit: Wachsam bleiben!

Aller Wahrscheinlichkeit steht kein kurzfristig bundesweit erfolgreiches rechtes Parteiprojekt ins Haus. Zu viel spricht dagegen. Es bleibt für AntifaschistInnen trotzdem weiterhin die Aufgabe wachsam zu sein. Trotz der relativ geringen Chancen eines rechten Parteiprojektes, einer deutschen Teaparty oder der Verschiebung einer etablierten Partei nach rechts, wäre es generell möglich. Eine bundesweit erfolgreiche Rechtspartei wäre nicht nur für sich eine Katastrophe, sondern würde auch die anderen Parteien vor sich hertreiben. Die Wahlerfolge der NPD in Sachsen haben in der sächsischen CDU dazu geführt, dass mittels eigenem Nationalismus versucht wird, der NPD die Stimmen wieder abzujagen.

Aufatmen kann man angesichts der „Deutschen Zustände“ vor allem in der Provinz sowieso nicht. Ob extrem rechten Parteien nun an der Wahlurne erfolgreich sind oder nicht, Nazi-schläger bedrohen auf der Straße tagtäglich Menschen und greifen sie an und Alltagsrassismus ist in der Gesellschaft weit verbreitet.

Wenn das durch Sarrazin und seine Fangemeinde abgelieferte Input in einer angeblichen „Integrationsdebatte“ von der etablierten Politik in ein Output umgewandelt wird, dann braucht es gar keine Rechtspartei mehr. Wenn die etablierten Parteien beschließen, die Zuwanderung (noch mehr) nach rassistischen, wohlstandschauvinistischen und biologistischen Kriterien zu filtern, dann hat die „Sarrazinpartei“ ihr Ziel erreicht, ohne je zu den Wahlen angetreten zu sein.

Ralf Schwarzenberg

ungekürzte Fassung auf: http://brandsaetze.blogsport.de/2010/09/27/die-phantompartei-von-rechts-ist-da-was-dran/ ■

Die britische Hope-Not-Hate-Campaign

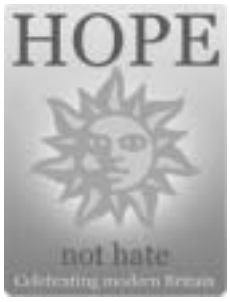
Einzigartiger Erfolg im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus

„Searchlight“ ist ein britisches Monatsmagazin, deren Verantwortliche lt. Selbstdarstellung auf die mit 35 Jahren weltweit längste Tradition antifaschistischer und antirassistischer Aufklärungsarbeit zurückblicken können. Das Blatt sei, wie es weiter heißt, investigativ konzipiert. Das mit ihm vorrangig verfolgte politische Ziel bestehe darin, über Entwicklungen am rechtsextremen Rand Großbritanniens aufzuklären. Die verantwortlichen ZeitungsmacherInnen hätten eine Initiativrolle übernommen, wenn es darum gehe, neue Kampagnen gegen Rechts zu organisieren und durchzuführen.[1]

Graeme Atkinson, einer der Mitarbeiter des Blattes, befand sich nun auf einer kleinen Vortragsreise durch die BRD, die ihn u.a. nach Düsseldorf, Berlin und Köln führte. Dort sprach er vor einem ca. 25köpfigen Publikum, das sich in der Hauptsache aus VertreterInnen des Kölner antifaschistischen bzw. antirassistischen Spektrums zusammensetzte. Atkinson berichtete über eine eindrucksvolle Kampagne, die im Frühsommer und Sommer 2010 in Großbritannien durchgeführt wurde. Mit ihrer Hilfe sollte die British National Party (BNP), das britische Pendant der NPD, daran gehindert werden, aus den Parlamentswahlen des Landes gestärkt oder gar siegreich hervorzugehen.[2]

In seiner Einleitung unterstrich Atkinson, dass die H(ope)-N(ot)-H(ate)-Kampagne von Anbeginn nicht als eine Initiative konzipiert wurde, die sich auf einzelne Wahlkreise wie Barking und Dagenham (letzterer als Hochburg der BNP bekannt) beschränken sollte, sondern als eine Unternehmung mit landesweiter Stoßkraft. Nur so sei es möglich gewesen, sich mit der erforderlichen Durchsetzungskraft gegen jenes rassistische Geschwätz zur Wehr zu setzen, das in der Presse und den Massenmedien des Landes verbreitet wurde und um das die jeweilige politische Führung der Labour-Party, der Liberal-Democrats und der Conservatives eine Mauer des Schweigens errichtet habe. Dass die BNP nicht in der Lage gewesen sei, von dieser für sie politisch günstigen Gesamtsituation zu profitieren, sei ausschließlich der HNH-Kampagne zu danken, die seitens der für „Searchlight“-Verantwortlichen und insbesondere der Gewerkschaften eine intensive Unterstützung erfahren habe.

Auf diese Weise sei es gelungen, den politischen Einfluss der BNP massiv zurückzudrängen – und das, obwohl die Kommunen von Barking und Dagenham die Rechtsextremen massiv unterstützt hätten, nämlich mit immerhin 200 Mio. englischen Pfund. Zum Erfolg der HNH-Kampagne habe v.a. eine Mobilisierungskampagne geführt, deren agitatorischer Höhepunkt am 17. April 2010 erreicht worden sei. Alleine an diesem Tag hätten 541 HNH-AktivistInnen insgesamt 92.000 antifaschistische Zeitungen verteilt, in denen die Lügen und Hasstiraden der BNP aufgedeckt wurden. Von zentraler Bedeutung sei darüber hinaus der Hinweis gewesen, dass die BNP-Mitglieder in den kommunalen Verwaltungsräten inkompetent und zugleich extremistisch seien und ihre WählerInnen immer nur enttäuscht hätten, und dass ein Wahlsieg der BNP desaströse Folgen haben würde für den Zusammenhalt und den sozialen Frieden in den Kommunen. Anfang Mai 2010 hätten dann noch einmal knapp 400 HNH-AktivistInnen insgesamt 55.000 Flugblätter verteilt, und am Wahltag selbst hätten knapp 180 HNH-AktivistInnen 6.000 BürgerInnen persönlich aufgesucht, um sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass die BNP abgewählt wird. Zusätzlich seien in den BNP-Hochburgen beinahe sämtliche Privathaushalte mit insgesamt 350.000 Zeitungen, Broschüren und Flugblättern versorgt worden.



Ironischerweise habe die Entscheidung Nick Griffins, sich in Barking als BNP-Kandidat für die Parlamentswahlen aufstellen zu lassen, die HNH-Kampagne gestärkt. Sein Ruf als langjähriger Rassist und Extremist habe dazu geführt, dass viele derjenigen, die die BNP entweder mit Sicherheit oder mit hoher Wahrscheinlichkeit wählten, vor einer Wahl dieser Partei zurückschreckten und Griffin als einen Störenfried wahrnahmen, der die BNP-Stadträte spalte. Die HNH-AktivistInnen hätten diesen Zwiespalt insofern nutzen können, als sie mit seiner Hilfe einen Keil zwischen die BNP und ihre WählerInnen trieben. „Wählt ihr die BNP, bekommt ihr Griffin.“ lautete der diese Taktik unterstützende Wahlslogan.

Dass Griffin offensichtlich paranoid vorbelastet ist, ging aus Atkinsons Einlassung hervor, der zufolge der BNP-Aktivist seinen Chef für Öffentlichkeitsarbeit Mark Collett nur wenige Tage vor den Parlamentswahlen unter der Anschuldigung von seinem Amt entbunden habe, Collett habe damit gedroht, ihn, Griffin, zu ermorden. Dem Ansehen zusätzlich geschadet habe ein interner Streit, in dessen Folge der Webmaster der BNP deren Internetseite gesperrt habe.

Im Rahmen solcher Initiativen, die sich auf einzelne Stadtbezirke konzentrierten, sei über die politische Haltung und Arbeit einzelner BNP-Ratsmitglieder und -Kandidaten informiert worden. Das sei insofern von Bedeutung gewesen, als erstens annähernd 9.000 WählerInnen pro Wahlbezirk hätten erreicht werden können und zweitens 1.500 Stimmen ausgereicht hätten, um eine Bezirksratswahl für sich zu entscheiden.

Gegen Ende seines Vortrags hob Atkinson hervor, dass die politische Niederlage sicherlich nicht ausschließlich auf die HNH-Kampagne zurückzuführen sei, dass es vielmehr weitere politische Parteien und antifaschistische Gruppierungen gegeben habe, deren VertreterInnen Anti-BNP-Kampagnen initiiert hätten. All das habe dazu geführt, dass sich die BNP-PolitikerInnen und -AnhängerInnen mit einem politischen Widerstand konfrontiert sahen, der in seinem Ausmaß nicht vorhersehbar gewesen sei, und das in Gebieten, in denen die BNP bis dato traditionell Stimmen hinzugewonnen habe.

Ungeachtet des mit der HNH-Kampagne erzielten politischen Erfolges sei in Großbritannien die Gefahr eines neuerlichen Rechtstrends jedoch keineswegs gebannt. Jene sozioökonomischen Rahmenbedingungen, unter denen der Erfolg der BNP erst möglich geworden sei, bestünden unverändert fort, was dazu beitrage, dass nach wie vor mehrere hunderttausend britische BürgerInnen ihre Wahlstimme der BNP geben. Darüber hinaus habe die BNP nach wie vor zwei Sitze im Europa-Parlament, was Nick Griffin zum Anlass genommen habe, 200.000 Pfund an Spesen einzufordern zusätzlich zu seinem Gehalt als Europa-Parlamentarier in Höhe von 82.000 Pfund.

Vor diesem Hintergrund resümierte Atkinson, dass mit der HNH-Kampagne zwar dazu beigetragen werden konnte, die politische Gefahr der BNP zu mindern, dass diese Gefahr jedoch in keiner Weise gebannt ist. Vor dem Hintergrund fortlaufender drastischer Einschnitte, die die VertreterInnen des Bündnisses aus Torys und Liberalen bei den öffentlichen Diensten und im sozialen Netz des Landes vornehmen, habe eine Initiative wie die HNH-Kampagne noch lange nichts an ihrer Dringlichkeit und politischen Zugkraft eingebüßt. *Giesbert Hunold* ■

1 Vgl. anonym: Searchlight Editorial September 2010. – Veröffentlicht unter: URL: Http://www.searchlightmagazine.com/index.php?link=editorial&date=2010_09 (Stand: 04.10.10).

2 Die nachfolgende Zusammenfassung seines in Köln gehaltenen Vortrags basiert auf seinem unveröffentlichten Vortragsmanuskript –How we beat the BNP- (dt. Wie wir die BNP schlugen), das mir Atkinson im Anschluss an die Veranstaltung freundlicherweise zur Verfügung stellte.

Fünf Jahre nach dem Flüchtlingsdrama von Ceuta und Melilla

In den Nächten vor dem 5. Oktober 2005 versuchten mehr als 1.000 Flüchtlinge aus verschiedenen afrikanischen Staaten die meterhohen Grenzzäune der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla zu überwinden. Mindestens 16 Menschen starben zum Teil an Schussverletzungen, viele weitere wurden verletzt. Menschen hingen im rasiermesserscharfen Stacheldraht des Grenzzauns. Über allem kreisten gleichzeitig marokkanische und spanische Hubschrauber. Die spanische Regierung leitete am 6. Oktober 2005 Massenabschiebungen nach Marokko ein. Ohne Prüfung des Einzelfalles oder die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen, wurden die Flüchtlinge unter Bruch der Genfer Flüchtlingskonvention abgeschoben.

Fünf Jahre nach dem Flüchtlingsdrama erinnert PRO ASYL an die Opfer der europäischen Abschottungspolitik. „Die Kollaboration der EU-Staaten mit den Staaten Nordafrikas hat weite Teile der Region zur Zone der Rechtlosigkeit für Flüchtlinge werden lassen“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. „Die Toten und Verletzten von Ceuta und Melilla waren ein Menetekel. Europa ist bereit, bei der Grenzabschottung Gewalt auszuüben oder zu delegieren, koste es auch Menschenleben.“

Eine ernsthafte politische und justizielle Aufarbeitung der Todesschüsse von Ceuta und Melilla hat es nicht gegeben. Mit spanischem Wohlwollen ging Marokko gegen Flüchtlinge und Migranten vor. Bereits in den darauffolgenden Wochen wurden über 2.000 Schutzsuchende von der marokkanischen Polizei aneinander gekettet und ohne Verpflegung mitten in der Wüste Sahara ausgesetzt.

Die blutigen Ereignisse von Ceuta und Melilla, das Verschließen des „Schlupflochs“ nach Europa, haben in den Folgejahren die Fluchtrouten nach Süden verschoben – mit dramatischen Folgen. Seit 2006 starteten Flüchtlingsboote vermehrt von Westafrika über das offene Meer auf die Kanarischen Inseln. Der lange und gefährliche Weg hat Tausende das Leben gekostet. Mittlerweile ist auch dieser Fluchtweg versperrt, weil die spanische Marine in Kooperation mit FRONTEX Flüchtlinge auf hoher See und vor der westafrikanischen Küste abfängt und zwangsweise zurückschickt.

Anstatt die Rechtlosigkeit Schutzsuchender an den Außengrenzen zu beenden, betreiben die EU und ihre Mitgliedstaaten eine Flüchtlingspolitik, die die Orte der Menschenrechtsverletzungen und des Sterbens verlagert. In der halben Dekade seit den blutigen Ereignissen von Ceuta und Melilla sind tausende Bootsflüchtlinge auf dem Weg nach Europa gestorben und über 10.000 zwangsweise in Drittstaaten wie Libyen, Marokko, Mauretanien und die Türkei zurück verfrachtet worden.

Quelle: Presseerklärung ProAsyl 5.10.2010 ■

Bundesverfassungsgericht verhandelt im Oktober über Griechenland-Abschiebungen

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt am 28. Oktober über eine Verfassungsbeschwerde, die den einstweiligen Rechtsschutz gegen die Anordnung der Abschiebung nach Griechenland auf der Grundlage der sog. Dublin-II-Verordnung betrifft. Insgesamt 12 Mal hatte das oberste deutsche Gericht seit einem Jahr Abschiebungen nach Griechenland aufgrund der eklatanten Missstände im dortigen Asylsystem vorläufig gestoppt. Der Zweite Senat wird über die Verfassungsbeschwerde eines irakischen Asylbewerbers entscheiden, dessen Abschiebung nach Griechenland das Gericht dem Kreis Gütersloh am 8. September per einstweiliger Anordnung untersagt hatte. Viele Überstellungen nach Griechenland wurden daraufhin von Verwaltungsgerichten ausgesetzt.

Nach dem sogenannten Asylkompromiss und der Neuregelung des Asylrechtes von 1992 kann niemand Asyl beanspruchen, der aus einem „sicheren Drittstaat“ einreist; Überstellungen in einen solchen Staat können unabhängig von Rechtsbehelfen vollzogen werden. (Zur Pressemitteilung des BVerfG)

Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst hat im Jahr 2009 allein in Berlin, Brandenburg und Bayern rund 70 Abschiebungshäftlinge, denen die Rückschiebung nach Griechenland drohte, betreut und die Anwaltskosten -–soweit nicht staatliche Prozesskostenhilfe bewilligt wurde – über seinen Rechtshilfefonds finanziert.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst 29.9.2010 ■

Fluggesellschaften sind keine Hilfssheriffs

BERLIN. „Nach dem Hinweis des EU-Menschenrechtskommissars muss die Bundesregierung damit aufhören, Fluggesellschaften als Ausländerpolizei zu missbrauchen“, fordert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke.

Der Europarats-Menschenrechtskommissar Thommas Hammarberg hat davor gewarnt, Fluggesellschaften immer größere Verantwortung für die Einhaltung von Einreisegesetzen aufzubürden. Jelpke weiter:

„Das deutsche Aufenthaltsgesetz verpflichtet Fluggesellschaften, bei Reisenden aus Nicht-EU-Staaten zu prüfen, ob sie gültige Papiere und ein Visum haben. Damit werden den Beschäftigten der Airlines faktisch Polizeiaufgaben übertragen. Gerade für Menschen, die in ihren Heimatländern politisch verfolgt werden, ist es häufig nicht möglich, die Papiere für eine legale Einreise in die EU zu erlangen. Die strikten Kontrollzuweisungen an die Fluggesellschaften drohen damit das Grundrecht auf Asyl noch weiter auszuhöhlen.

Die Warnung des Menschenrechtskommissars ist mehr als begründet:

Gegen Fluggesellschaften und Beförderungsunternehmen, die Ausländer ohne Einreiseerlaubnis transportiert haben, wurden in den letzten Jahren immer mehr und immer höhere Zwangsgelder verhängt. Waren es im Jahr 2007 nur 9000 Euro in neun Fällen, so wurden im Jahr 2008 bereits über 326.000 Euro in 326 Fällen eingefordert. Im Jahr 2009 erreichte die Summe der Zwangsgelder fast 1,4 Millionen Euro (1039 Fälle). Diese Zahlen stammen aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (17/644). Sie zeigen, dass Fluggesellschaften tatsächlich unter immer stärkerem Druck stehen, die rigorose Abschottungspolitik der Bundesregierung umzusetzen.

Menschenrechtskommissar Hammarberg hat völlig Recht, wenn er darauf hinweist, dass dies auf Kosten des Flüchtlingsschutzes geht und Flüchtlinge regelrecht in die Arme von Schleppern treibt. Die Bundesregierung sollte seine Warnungen ernst nehmen und Fluggesellschaften nicht länger zur Umsetzung ihrer Abschottungspolitik missbrauchen. Die Vorschrift im Aufenthaltsgesetz muss aufgehoben werden.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■.

Die UNO erhebt wegen Roma schwere Vorwürfe gegen Deutschland

Die UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay hat eine „unglaubliche Diskriminierung“ von Roma in Europa beklagt und auch schwere Vorwürfe gegen Deutschland erhoben. Die anhaltende Rückführung der Roma von Deutschland in das Kosovo habe „verheerende Folgen für die Rechte der Kinder, auch für ihr Recht auf Bildung“, schrieb Pillay in einem Beitrag für die „Frankfurter Rundschau“). „Roma-Kinder, die in deutschen Schulen gut integriert waren, befinden sich auf einmal in einem völlig fremden Umfeld, in dem nur Albanisch gesprochen wird“, kritisierte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte. „Plötzlich

können sie gar nicht mehr oder nur unter großen Schwierigkeiten zur Schule gehen."

Die Bundesregierung hatte im April mit dem Kosovo ein Abkommen unterzeichnet, das die Abschiebungen tausender Roma in den Balkan-Staat regelt, die keinen gültigen Aufenthaltsstatus in Deutschland haben. In Europa herrsche eine „starke Abneigung gegenüber den Roma", schrieb Pillay in der „FR". „Häufig werden sie von politischen Kräften noch weiter ausgegrenzt und stigmatisiert." In Folge der Wirtschaftskrise seien Gewalt und Diskriminierung gestiegen. In Ungarn und der Slowakei habe es sogar tödliche Übergriffe gegeben. Unter anderem in Bulgarien, Tschechien, Griechenland, Italien, Litauen, Rumänien und der Slowakei würden Roma „mit Zwang vertrieben", ihnen würden angemessene Unterkünfte verweigert und sie würden ausgegrenzt. Auch in Frankreich gebe es eine „gezielte Diskriminierung".

Pillay zufolge müssten die EU-Mitgliedstaaten „ihre Haltung gegenüber den Roma deutlich verbessern". Ein erster Schritt wäre ein verbesserter Zugang zu Bildung und anderen Leistungen wie medizinische Versorgung, angemessene Unterkünfte und Arbeitsmöglichkeiten. „All das sind Ansprüche gemäß der Menschenrechte", fügte sie hinzu.

Im Streit um die Ausweisung von Roma hatte die EU-Kommission Frankreich am Mittwoch ein Ultimatum gestellt. Wenn Paris nicht bis zum 15. Oktober die Regeln zur Niederlassungsfreiheit von EU-Bürgern umsetzt, droht dem Land nach Angaben der EU-Behörde ein Verfahren.

Ein zweites heikleres Verfahren wegen der Diskriminierung von Roma wendete Frankreich zunächst ab. Neben Frankreich verdächtigt die Kommission eine Reihe weiterer EU-Staaten, die Richtlinie zur Niederlassungsfreiheit zu verletzen. Ihnen droht ebenfalls ein Verfahren, Deutschland ist aber nicht darunter.

Quelle: Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe AFP/de.news 1.10.2010 ■

Roma vor der Abschiebung

GOTHA. Familie Baruti ist verzweifelt. Im Kosovo-Krieg waren die Roma nach Deutschland geflohen, elf Jahre später droht ihnen jetzt die Abschiebung. ‚Wir müssen zurück', sagt Bari Baruti, Vater von fünf Kindern und wohnhaft im thüringischen Gotha. In der Hand hält er das Schreiben des Familienanwalts.

Ihre wohl letzte Chance, der Asylantrag für den herzkranken, sieben Monate alten Muhammet, wurde vor wenigen Tagen abgelehnt. Die bisherige Duldung der Familie kann nun jederzeit beendet werden. Dann müssen sie zurück in den Kosovo, vielleicht auch nach Serbien. Seitdem herrscht im Wohnzimmer eine gedrückte Stimmung.

Aus purer Not hatte das junge Paar 1999 den Kosovo verlassen. ‚Ich habe Leid und viele Tote gesehen', berichtet Habije, die Frau von Bari Baruti, über den Krieg und ihre Verfolgung in Mitrovica. Ihr Haus wurde ihnen weggenommen.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums leben derzeit etwa 13.000 ausreisepflichtige Personen aus dem Kosovo in Deutschland, darunter rund 8.500 Roma. Erst zum 1. September trat ein neues Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und der Republik Kosovo in Kraft. Darin werden Massenabschiebungen abgelehnt. Die schrittweise Rückführung soll dagegen fortgesetzt werden. Die Regelung entspräche den modernen europäischen Standards, heißt es. Derzeit bestünde im Kosovo allein aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie keine unmittelbare Gefährdung, erklärte ein Sprecher. Bislang mussten in diesem Jahr etwa 100 Roma aus Deutschland in den Kosovo zurückkehren. Detaillierte Zahlen für Thüringen liegen nicht vor.

Das UN-Kinderhilfswerk Unicef hält Roma im Kosovo für die ‚die ärmste Volksgruppe im ärmsten Land Südosteuropas'. Einer aktuellen Studie zufolge leben dort zwei Drittel der Roma-Kinder in Armut, jedes dritte Kind hat nicht ausreichend zu essen. Drei von vier aus Deutschland zurückgekehrten Kindern besuchen im Kosovo nicht mehr die Schule. Als ethnische Minderheit werden sie ausgegrenzt und benachteiligt. Deshalb forderte Unicef für in Deutschland aufgewachsene Kinder wie die der Barutis unlängst ein dauerhaftes Bleiberecht.

Seit ihrer Flucht nach Deutschland wechselten die Barutis zehn Jahre lang von Heim zu Heim. Zuletzt lebte die Familie zu siebt in zwei Zimmern. Ihre jetzige und erste eigene Wohnung mit etwa 80 Quadratmetern in einer einfachen Wohngegend Gothas bezog die Familie vor etwa sechs Monaten. ‚Alle Kinder sind hier in Deutschland geboren', sagt Habije. ‚Sie gehen hier zur Schule, haben ihre Freunde hier.' Sie sprächen besser Deutsch als Albanisch.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V. ■

Gute Nachrichten!

Unter der Überschrift „10.000 Roma in Deutschland noch immer ohne verlässliche Perspektive" hat die EKD am 30.9., einen Tag vor dem Tag des Flüchtlings in der Interkulturellen Woche", ihre aktuelle Position zur Frage der drohenden Abschiebung von Minderheiten aus Kosovo/insbesondere Kosovo verdeutlicht. Wörtlich heißt es hier: „Vor diesem Hintergrund setzen sich die EKD und das Diakonische Werk der EKD nach wie vor für ein Bleiberecht für Menschen wie Familie B. ein, die langjährig in Deutschland geduldet werden und sich mittlerweile trotz widriger Umstände gut integriert haben. Sie halten es für erforderlich, die Beurteilung des Kosovo im Lagebericht des Auswärtigen Amtes zu überprüfen, das Rückübernahmeabkommen mit Kosovo auszusetzen und anzuerkennen, dass „eine Rückkehr in Sicherheit und Würde nach wie vor nicht möglich" ist. EKD-Auslandsbischof Martin Schindehütte hatte bereits in seiner Erklärung zum Tag der Menschenrechte 2009 einen Abschiebestopp für Kosovo-Roma gefordert. Es ginge nun vielmehr darum, diesen Menschen eine verlässliche Lebensperspektive zu eröffnen

Quelle: Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe Geschäftsbereich Soziales und Integration ■

Solidarität mit den Flüchtlingen im Lager Meinersen Landkreis Gifhorn

GIFHORN. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen informiert über eine Briefkampagne zu den unerträglichen Zuständen in dem Lager Meinersen.

Seit mehreren Monaten fordern die Flüchtlinge aus dem Lager in Meinersen eine Veränderung ihrer unerträglichen Wohn- und Lebenssituation. Mit einem offenen Brief und zwei Demonstrationen haben sie sich an die Öffentlichkeit gewandt, nachdem alle Versuche des direkten Gesprächs über die Leiden und Gefährdungen in dem isolierten Lager an der Ignoranz der Behörden gescheitert sind.

Auch ihr Weg zum Bürgermeister der Samtgemeinde Meinersen und zur Landrätin des Landkreis Gifhorn eröffnete ihnen keine Perspektive, da auch hier Ablehnung gegenüber ihren gerechtfertigten Forderungen gezeigt wurde. Wir haben bei mehreren Besuchen die brutale Lage kennen gelernt und machen uns große Sorgen um die Gesundheit und die psychologische Stabilität der Menschen insbesondere der Kinder. Für die Familien herrscht absoluter Notstand. Seit den Protesten hat sich nichts verbessert. Die Flüchtlinge haben erneut eine 21 Punkte lange Beschwerde an die Betreiberfirma K&S Dr. Kranz Sozialbau und Betreuung sowie gegen den Leiter des Lagers Herrn Rüdiger Thiemann verfasst und fordern seine sofortige Entlassung. Nur eine Familie ist seit Beginn der Proteste aus dem Lager gekommen. Dafür wurde wenige Tage später eine neue Familie mit zwei Kindern 12/14 Jahre alt gebracht. Hatte die vorherige Familie noch ein zweites kleines Zimmer, bekam die neue Familie dieses nicht.

DerWiderstand der Flüchtlinge für eine Verbesserung ihres Lebens und das ihrer Kinder muss Unterstützung erfahren!

Quelle: www.thecaravan.org - Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. ■

Lebenszeichen von Kieler Menschenrechtler

Laut Kurdwatch.org, einem Projekt des Europäischen Zentrums für Kurdische Studien (http://www.kurdwatch.org/) aus Berlin, befindet sich der seit seiner Verhaftung durch syrische Dienste vermisste deutsch-syrische Jurist und Menschenrechtsaktivist Ismail Abdi aus Kiel im Adra-Gefängnis bei Damaskus.

Das Adra-Gefängnis ist ein berüchtigtes sogenanntes Zivilgefängnis, in dem vermeintliche oder tatsächliche politisch Oppositionelle inhaftiert werden. Gegen Abdi läuft eine Anklage gemäß Artikel *287* des syrischen Strafgesetzbuchs. Ein Passus mit dem bedroht wird, wer im Ausland angebliche /,Falschaussagen über den syrischen Staat und seine Regierung'/ verbreitet. Ein Paragraph, der von der syrischen Justiz regelmäßig gegen Personen in Stellung gebracht wird, die im Ausland als politisch Verfolgte Asyl beantragt haben.

Beobachter sind derweil höchst irritiert über die Auskunftslage deutscher Regierungsstellen in der Sache des deutschen Staatsangehörigen Ismail Abdi. Während es offenbar der Berliner Nichtregierungsorganisation über Kontakte zu Anwälten in Syrien gelungen ist, den Verbleib Abdis herauszufinden und selbst Akteneinsicht zu erhalten, herrscht im Auswärtigen Amt (AA) offiziell weiterhin Unwissen über seinen Verbleib. Dem Kieler Flüchtlingsrat gegenüber erklärte eine Vertreterin des AA am Dienstag, bisher könne die Information noch nicht bestätigt werden, sie würde weiterhin geprüft.

Der aus Syrien stammende Menschenrechtsaktivist Ismail Abdi lebt mit seiner Familie in Kiel und ist seit 2006 deutscher Staatsbürger. Am 23. August wurde er anlässlich eines privaten Besuchs in Syrien verhaftet und galt seither als verschwunden.

Quelle: Presseerklärung Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. 13.10.2010 ■

Mahnwache in Berlin-Mitte auf dem Alexanderplatz an der Weltuhr am 2. Oktober 2010: „Freiheit für Dogan Akhanli

Der Menschenrechtler und Autor Dogan Akhanli wurde bei seiner Einreise in Istanbul am 10. August 2010 festgenommen und befindet sich seit dem 20. August im Hochsicherheitsgefängnis Tekirdag. Obwohl seine Anwälte nachgewiesen haben, dass die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft – bewaffneter Raubüberfall mit Todesfolge – nicht stimmen können, weil sie sich wesentlich auf zwei unter Folter erzwungene bzw. widerrufene Zeugenaussagen stützen, hat das zuständige Istanbuler Strafgericht am 6. September dem Klageantrag stattgegeben. Am 8. Dezember wird der Prozess beginnen.
Gemeinsam mit Aktion Sühnezeichen – Friedensdienste rief die AGA (Arbeitsgruppe Anerkennung) am 2.10. zu einer Solidaritäts-Mahnwache für den Menschenrechtskollegen auf..

Nächste Mahnwache: 6. November, Brandenburger Tor, 14.30 Uhr bis 16.30 Uhr ■

Menschenunwürdiges Flüchtlingslager wieder geöffnet

MÜNCHEN. Nie herrschte soviel Einstimmigkeit in Flüchtlingsfragen wie am 3.12.2008: Wegen Schimmel, Ratten und irreparablen baulichen Mängeln beschloss der Bayerische Landtag einstimmig, das Flüchtlingslager in der Waldmeisterstraße zu schließen. Seit anderthalb Wochen ist das Containerlager nun wieder offen: Ca. 170 Menschen leben bereits in dem Provisorium – tagelang mussten sie ohne warmes Wasser auskommen. Die Zustände in dem Containerlager wurden in der Landtagsdebatte Ende 2008 selbst von Sozialministerin Haderthauer als „inakzeptabel" bezeichnet. Außerdem versicherte sie damals, dass sie alles tun werde, „dass solche Zustände in Zukunft (…) gar nicht mehr entstehen können". Durch die Wiedereröffnung des Lagers soll die überfüllte Erstaufnahmeeinrichtung in München entlastet werden, die seit Jahren in der Kritik steht: Permanente Überbelegung, Enge, Schmutz und Schimmel machen das Leben in dem maroden Gebäude in der Baierbrunnerstraße zur Qual. „Die Missstände sind seit Jahren bekannt, eine Alternative hätte längst gefunden werden können. Dass die Regierung ihre Tatenlosigkeit und ihren Unwillen nun auf dem Rücken der Flüchtlinge austrägt, ist ein Skandal. Frau Haderthauer ist nun in der Pflicht, ihr Versprechen von 2008 auch einzuhalten", sagt Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat.

Inzwischen wurde Dr. Oliver Bloeck, bisher Referent für die Unterbringung von Flüchtlingen im Bayerischen Sozialministerium, von Sozialministerin Christine Haderthauer seines Amtes enthoben. Offenbar war er in die Wiedereröffnung des Flüchtlingslagers in der Waldmeisterstraße in München eingeweiht, obwohl der Landtag am 3.12.2008 einstimmig entschieden hat, dass es umgehend geschlossen werden muss. Der Bayerische Flüchtlingsrat begrüßt diese personelle Konsequenz, denn Dr. Bloeck hat sich in der Vergangenheit mehrfach damit hervorgetan, mit falschen Informationen zu operieren. Selbst in der Landtagsanhörung zur Unterbringung von Flüchtlingen in Bayern schreckte er nicht vor einer Lüge zurück. Er behauptete zunächst, die Lagerunterbringung koste lediglich 230 Euro pro Person und Monat. Erst nach drängenden Nachfragen von Landtagsabgeordneten ruderte er zurück und gab zu, dass die Gesamtkosten wesentlich höher liegen. Für den Skandal um die Wiedereröffnung des Flüchtlingslagers in der Waldmeisterstraße gibt es jedoch noch andere persönlich Verantwortliche. Die Leiterin des Sachgebiets „Flüchtlingsbetreuung und Integration; Lastenausgleich", Dr. Marianne Stiehl, ist direkt verantwortlich für die Reaktivierung des menschenunwürdigen Containerlagers.

Gerade mit der Situation in der Waldmeisterstraße hat sie in der Vergangenheit mehrfach ihre Inkompetenz unter Beweis gestellt. Am 19.6.2008, ein halbes Jahr vor der Schließung der Waldmeisterstraße, erklärte Fr. Dr. Stiehl gegenüber dem Münchner Merkur, die Flüchtlinge seien selbst schuld an der untragbaren Situation im Lager. Besonders Flüchtlinge aus Afrika hätten noch nie mit Kochplatten und Wasserhähnen hantiert und: „Wenn sie das Wasser in der Dusche laufen lassen, weicht die Decke des unteren Stocks halt irgendwann durch." Dagegen kam eine Gutachterfirma im Auftrag der Caritas zu dem Ergebnis, dass dort katastrophale und menschenunwürdige Zustände herrschen. Auch Sozialministerin Christine Haderthauer nannte die Verhältnisse in der Waldmeisterstraße in einer Rede am 3.12.2008 im Bayerischen Landtag „inakzeptabel".

„In diesem System struktureller Gewalt gibt es persönlich Verantwortliche", sagt Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Wir fordern, dass Fr. Dr. Stiehl, die mehrfach ihre Inkompetenz bewiesen hat, ebenfalls von ihren Aufgaben entbunden wird. Sie ist als Sachgebietsleiterin für die Unterbringung von Flüchtlingen in Oberbayern nicht mehr tragbar!"

Bayerischer Flüchtlingsrat ■

Frankreich:

Wie steht die extreme Rechte zu den Streiks und zur sozialen Polarisierung?

Raffinerien, Häfen, LKW-Fahrer, Oberschulen, Energieversorgung, Transportbetriebe im Streik – „Epizentrum Marseille" – Millionen von Menschen streiken und/oder demonstrieren gegen die drohende „Reform" des Rentensystems in Frankreich. Aber was sagen eigentlich der Front National und sonstige Kräfte der extremen Rechten zum Thema?

Inhalte der Renten„reform"

Seit Wochen prägen Sozialprotests, Demonstrationen und Streiks das innenpolitische Klima in Frankreich. (Vgl. dazu auch die ständige Berichterstattung des Verfassers dieser Zeilen auf www.Labournet.de) Worum geht es? Im Kern dreht sich der Konflikt – neben branchenspezifischen Themen, die sich mit dem allgemeinen Streitgegenstand vermengen – um die drohende Renten„reform". Diese sieht vor, sowohl die obligatorische Beitragsdauer zur Rentenkasse als auch das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Die geforderte Beitragsdauer betrug ursprünglich einmal – bis 1972 – 30 Jahre, danach 37,5 Beitragsjahre. Im Jahr 1993 wurde sie für die Lohnabhängigen in der Privatwirtschaft, ab 2003 dann auch für die öffentlich Bediensteten schrittweise (bis in diesem Kalenderjahr) auf 40 Beitragsjahre angehoben. Nunmehr soll sie abermals angehoben werden, auf 41,5 im Jahr 2018.

Parallel dazu existiert bisher ein doppeltes Renteneinstiegsalter: Wer die geforderten Beitragsjahre beisammen hat (oder aber Abzüge von derzeit 6 Prozent pro fehlendes Beitragsjahr hinnimmt), konnte bislang mit frühestens 60 in den Ruhestand. Die anderen ab 65, dann ohne Abzüge. Beide Altersgrenzen werden nun angehoben: Auf 62 für die Untergrenze, die Obergrenze auf 67 (für die Rente ohne Strafabzüge). Gleichzeitig erlaubt ein im Herbst 2008 sang- und klanglos verabschiedetes Mini-Gesetz es mittlerweile auch, „freiwillig" bis 70 Jahre weiter zu arbeiten. Etwa auch, wenn die Rente zum Leben nicht ausreichen sollte... Die geplante „Reform" des Rentensystems soll es erlauben, die zukünftige Finanzierung zu sichern, ohne die Kapitalseite in nennenswerter Weise stärker zu belasten. 85 Prozent bis 92 Prozent der „Reform" – je nach Berechnung – sollen auf dem Rücken der Lohnabhängigen erfolgen: Die Kapitalseite wird nur minimal stärker belastet, durch einzelne erhöhte Beiträge zu „Lohnnebenkosten".

Der Front National: für längere Lebensarbeitszeit...

Phasen sozialer Polarisierung sind für die extreme Rechte nie einfach. Denn einerseits gehört es – außerhalb dieser Perioden – zu ihrem politischen Kerngeschäft, soziale Frustrationen und Benachteiligungsgefühle (respektive Abstiegsängste) aufzugreifen und zu ihren Gunsten zu kanalisieren. Insofern kann sie nicht einfach bürgerliche, wirtschaftsliberale Politik befürworten. Andererseits kann sie sich auch nicht „eben" auf derselben Seite wie Gewerkschaften und Linke, die dagegen protestieren oder kämpfen, positionieren. Nicht nur, dass Letztere sie dort nicht haben möchten und als „Verbündete" strikt zurückweisen. Ferner steht ihr (jedenfalls im Falle des Front National) auch ihr eigenes, im Kern konservativ-reaktionäres, Sozialprofil im Wege. Diese historische Prägung hat der FN zwar seit den frühen neunziger Jahren – als er auch frühere Wähler der Linksparteien anzuziehen vermochte und Sympathien in Teilen der Arbeiterschaft gewann, u.a. aufgrund des sich damals ausbreitenden Glaubens an „das Ende von Kommunismus und Sozialismus" seit 1989 – durch einige Schichten Sozialdemagogie zu überdecken versucht. Doch der harte Personalkern des FN, dessen soziale Zusammensetzung und die historische Herkunft der Partei haben sich (im Gegensatz zu einem Teil der Wählerschaft zwischen 1986 und 1995) nicht „proletarisiert".

In Sachen Renten und Lebensarbeitzeit ist die Grundposition der Führungselite des FN unmissverständlich klar. Jean-Marie Le Pen stellte sie im Frühjahr 2003, anlässlich des Konflikts um die bisher (vor)letzte Stufe der Renten„reform", heraus: „In Frankreich muss mehr und länger gearbeitet werden." Er nannte sich damals selbst als Beispiel, da er gedenke, auch im Alter von 80 Jahren noch aktiv zu sein – inzwischen ist er übrigens 82 und gedenkt, im Januar 2011 den Parteivorsitz „endlich" (nach 38,5 Jahren) abzugeben.

In seinem Parteiprogramm hatte der FN seit längerem die Vorstellung stehen, das Mindesteintrittsalter solle 65 Jahre (statt bislang gesetzlichen 60) und die obligatorische Beitragsdauer 40 Jahre betragen. Aus der im Internet stehenden Fassung wurden die entsprechenden Passagen vor kurzem getilgt und durch nichts ersetzt. Anscheinend wollte die rechtsextreme Partei anlässlich des derzeitigen sozialen Konflikts um die Renten und des sehr starken Bemühens der wahrscheinlichen künftigen Parteichefin Marine Le Pen um einen betont „sozial" klingenden Diskurs, keine Angriffsflächen bieten.

Am Samstag, den 25. September 10 versammelte der FN an seinem (neuen) Parteisitz in Nanterre seinen ‚Conseil scientifique' („Wissenschaftlichen Beirat") zum Thema Rentenpolitik. Eckpunkte der Rede von Noch-Chef Jean-Marie Le Pen waren u.a. die Befürwortung einer „Rente à la carte" – einer vermeintlichen „freien Auswahl" auf individueller Ebene, die jedoch nur mühsam das Verlangen nach Abschaffung eines gesetzlichen Eintrittsalters verbirgt – und einer obligatorischen Einzahlungsdauer von 40 Beitragsjahren. Dadurch, dass man den Rentenanspruch auf die Beitragsdauer und gar nicht mehr auf ein Renteneintrittsalter basiere, „wird auch die Debatte um eine Anhebung auf 66 oder 67 Jahre gegenstandslos", führte Le Pen dazu aus. Dies bedeutet jedoch auch, dass er die Idee eines garantierten Rentenanspruchs ab einem bestimmten Alter (auch bei kürzerer Beitragsdauer im Zusammenhang mit dem persönlichen Erwerbsleben) verwirft. Zwar würde seine Vorstellung für manche Erwerbstätigen aus der älteren Arbeitergenerationen schon eine Verkürzung, doch für sehr viele Lohnabhängige – besonders in den nachwachsenden Generationen – hingegen eine Verlängerung des obligatorischen Arbeitslebens bedeuten.

Ferner sprach der alte Chef sich in dieser Ansprache explizit für private Mechanismen der Altersabsicherung – sei es durch Betriebsrenten, sei es durch Versicherungsverträge und private Kassen – aus. Solche sind zwar nunmehr auch explizit im Regierungsentwurf zur Renten„reform" vorgesehen; und motivieren die „Reform" auch zum Gutteil, da der Renten„markt" (angesichts des drohenden Sinkens der gesetzlichen Renten und oftmals fehlender Beitragszeiten) zum neuen Eldorado für das Finanzkapital zu werden verspricht. Doch die bürgerliche Rechte – die schon im Jahr 1997 einen Gesetzentwurf zum Thema private Rentenversicherung (die ‚Loi Thomas') vorgelegt hatte, der damals durch das vorzeitige Scheitern der wirtschaftsliberalen Regierung von Alain Juppé jedoch in der Schublade verschwinden musste – bekannte sich dazu lange Zeit nur in verschwiemelter und verdruckster Form. Der Chef des FN hingegen spricht diese Idee nun offen als angeblich positive Perspektive aus.

... und eine „Implosion des Systems"

Seine Tochter Marine Le Pen hat es nicht immer leicht, dieses inhaltliche Profil mit

ihrem Bemühen um ein betont „soziales“ verbales Auftreten zusammen zu bringen. Deswegen wählt sie mitunter den Weg des lautstarken Gepolters und Radaus, um als besonders „radikal“ (und dadurch scheinbar besonders oppositionell) zu erscheinen und dies als Alleinstellungsmerkmal des FN zu benutzen.

In einem Pressekommuniqué vom 12. Oktober (zeitgleich zu einem der gewerkschaftlichen „Aktionstage“ der letzten Wochen) versucht Marine Le Pen, sich und die extreme Rechte von allen anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften gleichzeitig abzugrenzen. Die Überschrift lautet: „Rentenreform: Weder die Regierung, noch die Linke, noch die Gewerkschaften sind Hoffnungsträger!“ Darunter wird erklärt, dass die Regierungspläne zur sog. Reform „ungerecht und uneffizient“ seien, und ihre „Reform“ das Finanzierungsproblem der Rentenkassen ohnehin nicht löse. „Die Sorgen, die Millionen von Demonstranten heute auf den Straßen zum Ausdruck bringen“ seien „legitim“. Allerdings seien die Gewerkschaften (auf deren Aufruf hin demonstriert wurde) es nicht, und sie „verdienen nicht ihr Vertrauen“ (das der Franzosen). Denn diese Gewerkschaften seien nicht nationalistisch-protektionistisch, also seien sie der internationalen Freihandelsideologie verbunden, ergo Stützen des Systems. Ihr „Täuschungsspiel“ habe „lange genug gedauert“. Beide Seiten seien „verantwortungslos“: „Regierung und Gewerkschaften sind dabei, Frankreich ins Chaos zu stürzen, und spielen auf gefährliche Weise mit dem Feuer.“ Verbal radikales Auftreten hin oder her: Der soziale Konflikt ist Marine Le Pen zufolge nicht die Lösung. Stattdessen „eine natalistische Politik“ (= Bevölkerungspolitik, die auf vermehrte französische Geburten setzt) und „Vollbeschäftigung“, am besten durch Protektionismus und Abkoppelung vom weltweiten Freihandel. Eine in dem Falle anzuvisierende „gerechte“ Reform der Renten solle dann „das gesetzliche Eintrittsalter beibehalten“, ohne nähere inhaltliche Präzisierung.

Bei einem Auftritt in einer Fernsehsendung des auf Parlamentsthemen spezialisierten Senders LCP, kurz darauf, polterte Marine Le Pen dann mächtig drauf los. Originalton: „Ich möchte die Situation nicht beruhigen. Ich erwarte nur Eines vom System: dass es implodiert. Ich möchte, dass das System implodiert.“

Und sie fügte hinzu: „Ich möchte, dass die Franzosen sich darüber bewusst werden, dass Alles wieder aufgebaut werden muss. Dass unser Land dabei ist, sich vom Acker zu machen, dass der Staat zusammenbricht, dass die nationale Souveränität verschwunden ist und dass der Fortbestand unserer Zivilisation auf dem Spiel steht.“ (Unter „System“ versteht die 42-Jährige dabei freilich nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern die etablierte Parteienherrschaft.)

Der (zum Pressekonzern der liberalen Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ gehörende) Info-Blog ‚Le Post.fr‘ berichtete über diese Auslassungen unter der Überschrift „Marine Le Pen möchte, dass das System implodiert“ – und leitete den entsprechenden Beitrag mit den erstaunten Worten ein: „Sollte Marine Le Pen sich entschlossen haben, zur radikalen Linken überzulaufen?“ Dabei ist es so uralt wie grundfalsch, originär faschistische Sozialdemagogie mit irgendwie „linken“ Inhalten zu verwechseln: eine völlig irrige Annahme. Durchaus korrekt hingegen der Schluss des Artikels, demzufolge sich bestätigt, dass Marine Le Pen „die würdige Erbin ihres Vaters“ sei und „ebenso extremistische Ideen wie dieser“ vertrete. (Vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/10/14/2265547_marine-le-pen-veut-que-le-systeme-implose.html)

Auf einer regionalen Webseite des FN – jener der Rechtsextremen in Neukaledonien, einem im Westpazifik liegenden französischen „Überseegebiet“, faktisch eine Noch-Kolonie, wo weiße Rassisten gut verankert sind – wurde dieser Beitrag zunächst unverändert übernommen. Und zwar unter der Überschrift: „Hat Marine Le Pen sich entschlossen, sich der radikalen Linken anzuschließen?“ Um dieselbe Zeit erschien dort auch ein Kurzartikel – durch einen Newsletter an die AbonnentInnen angekündigt -, der (neben einer Abbildung Nicolas Sarkozys in Karate-Kostüm) lediglich folgende Zeilen enthielt: „Nicolas Sarkozy will unsere Renten kaputt hauen! Alle auf die Demo!“

Da war wohl jemand derart von der Sozialdemagogie der rechtsextremen Partei beflügelt worden, dass ihm oder ihr die Gäule durchgingen. Anscheinend zum schieren Entsetzen bei den eigenen Leuten oder Vorgesetzten. Jedenfalls wurden alle beiden oben zitierten Artikel von der Webseite gelöscht und verschwanden spurlos. Jedoch können beide im ‚Cache‘, im verborgenen Inhalt des Suchmotors Google, durchaus noch aufgerufen werden.

Es ist vor allem die Teilnahme von Schüler/inne/n an den letzten Sozialprotest-Demonstrationen, die bei vielen extremen Rechten zu heller Empörung Anlass gegeben hat. Besonders wo sich unter ihnen auch viele Jugendliche aus Einwandererfamilien, zumal in den Pariser Vorstadtbezirken, beteiligt haben.

Andere extreme Rechte

Der PdF („Partei Frankreich“) unter dem Ex-Generalsekretär des Front National, Carl Lang – eine vor circa zwei Jahren entstandene Abspaltung von der Hauptpartei der extremen Rechten – nahm in einem Pressekommuniqué vom 15. Oktober 10 vor allem diese Aktivitäten der Jugend ins Visier. Es sei bezeichnend, dass Schüler/innen, „die noch nicht ins Arbeitsleben eingetreten sind, sich schon um ihre Rente sorgen“, mokiert sich die rechtsextreme Splitterpartei.

In Wirklichkeit mobilisierten sich Teile der Jugend eher gegen die sozialen Ungerechtigkeiten im Frankreich Sarkozys generell, und machen zudem geltend, dass die Verlängerung der Lebensarbeitszeit die Jobsuche für die jungen Generationen zusätzlich erschwere. Die Jugend machte also durchaus ihre eigenen Standpunkte und Interessen geltend.

Dass dem so sei, fährt der PdF in seiner Presseaussendung fort, zeuge „von einem katastrophalen Pessimismus“. Dieser wiederum widerspiegele „eine Gesellschaft, die verseucht ist vom mentalen Kollektivismus, dem engstirnigsten Materialismus, und durch die Preisgabe der sozialen, familiären, moralischen und die spirituellen Werte unserer Zivilisation.“ Dem sei ein Agieren „gegen die Ideologien der Vermassung und des (Anm.: nationalen) Niedergangs“ entgegen zu setzen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Das Tabu des Nationalsozialismus

Junge Freiheit Nr. 41/10 vom 8. Oktober 2010

„Sprache ist Macht“ titelt das Blatt – und Blattautor *Thorsten Hinz* behauptet massenmediale Diskursverbote, um dann zum Kern der Sache vorzustoßen:

„Das wichtigste Tabu ist zur Zeit noch der Nationalsozialismus. Hier greift der Paragraf 130, der seine Verharmlosung unter Strafe stellt. Er verschafft dem Zensor und dem Staatsanwalt Eingang in die Herzen und Hirne der Bürger, wo sie sie permanent ermahnen, dass jeder von ihnen ein potenzieller Gewaltverbrecher ist. So wird mit der Zeit eine bestimmte Art des Sprechens und sogar des Denkens erreicht … Andere Tabus sind die Gender-Ideologie, die Brüsseler Eurokraten-Herrschaft, der angeblich menschengemachte Klimawandel sowie die Ausländerfrage, die gleichfalls unter dem drohenden Vorbehalt des Paragrafen 130 (Volksverhetzung) steht. Vom Ausländer-Tabu abgespalten und verselbstständigt hat sich das Islam-Tabu …“

Diese Argumentation lässt erstens außer Acht, dass Gesetze durch demokratisch legitimierte Parlamente erlassen werden. Der Volksverhetzungsparagraf ist durch den Bundestag beschlossen und nicht willkürlich vom Himmel gefallen. Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind grausame Wirklichkeit und haben die Erfahrung von Millionen Menschen geprägt – ohne dass die Staatsanwaltschaft ermitteln musste.

In derselben Ausgabe erregt sich der Chefredakteur erneut über die vorgebliche Islamisierung Europas: „Denn das Problem Europas sind nicht gläubige Moslems an sich, sondern ihre schiere Zahl, ihre dynamisch wachsende Quantität ... Die islamischen Einwanderer treffen in Europa eben nicht auf in sich gefestigte, unhinterfragte Traditionen und Gesellschaften mit festem Glaubensfundament. Sie treffen auf Völker, deren Überlebenswille demografisch am Ende ist, die ihre eigene religiöse Substanz auflösen, deren Eliten infolge einer Kulturrevolution kapitulationsbereit sind. Nur deshalb entfaltet der Islam seine bedrohliche Kraft – weil uns hier vitalere, jüngere Völker entgegentreten, die uns unsere Schwäche wie in einem Spiegel vor Augen führen.“

Die Säkularisierung ist nicht mehr rückgängig zu machen – und wenn die Religion so wichtig ist – wofür eigentlich? – könnte sich der Chefredakteur doch dem Islam zuwenden. Auch er gehört zu den abrahamitischen Religionen. Die von *Dieter Stein* beschworene Gefahr existiert nicht und bleibt deshalb völlig im Dunkeln.

Eine neue Partei als Anti-Islam-Partei?

Junge Freiheit Nr. 42/10 vom 15. Oktober 2010

Der ehemalige CDU-Parlamentarier *René Stadtkewitz* hat eine neue rechte Partei gegründet – Die Freiheit – er will damit bei den nächsten Wahlen in Berlin antreten. Stadtkewitz versucht auf der Sarrazin-Welle mit zu schwimmen, ob das Experiment gelingt und sich in Berlin neben Pro Berlin eine zweite islamfeindliche Partei etablieren kann, werden die Wahlen zeigen. Das Blatt ist der Meinung, diesmal könnte es gelingen. Chefredakteur *Dieter Stein* sieht Hoffnungszeichen:

„Der fulminante Sieg der nationalfreiheitlichen FPÖ in Wien, deren Vorsitzender Strache mit dem Slogan „Sarrazin statt Muezzin“ und 27 Prozent triumphierte, der Rechtsliberale Islamkritiker Geert Wilders aus Holland, auf den sich jetzt eine bürgerliche Regierung stützen muss – all dies sind Menetekel für die CDU, die offensichtlich verkennt, welche anhaltenden tektonischen Verschiebungen die Sarrazin-Debatte in der Bevölkerung auslöst. Die Union steckt in einer existenziellen politischen Krise. Oberflächliche und konsequenzlose rhetorische Zugeständnisse an den ‚Sarrazin-Zeitgeist‘, wie von CSU-Chef Seehofer zur Einwanderung, werden sie nicht retten können.“

Stattdessen wird Stadtkewitz interviewt, der mitteilt: „Statt die Thesen von

Geert Wilders und René Stadtkewitz

Dr. Sarrazin dankend zu nutzen, um die notwendige Debatte in die Parlamente zu tragen, ließ sich auch die CDU zur bekannten Affektreaktion hinreißen. Noch während die Debatte lief, wurde ich aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen, weil ich es wagte, den Niederländer Geert Wilders nach Berlin zu bringen. Spätestens jetzt war mir klar, dass an einer neuen Partei kein Weg vorbeiführt.“

Stadtkewitz wäre wohl lieber in der Fraktion geblieben – um von dort aus die neue Parteigründung vorzubereiten.

uld ■

Anzeige

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507